

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1912

09.10.1912 - Sitzung Nr.36

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, Oktober 1912.

N^o. 36.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 9. Oktober 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Abegg, Richter Dr.	Garves, Fr.
Achelis, Frh.	Holzmeier, W.
Blanke, W.	Jacobi, C. A.
Bley, Joh.	Jmwolde, Joh.
Brinckmann, A.	Koch, G.
Cramer, A. W.	Kohls, P.
Fette, E.	Koppelmeyer, Ehr.
Frese, Emil.	Krug, E.
Früh, G.	

Lahusen, H.	Schröder, W.
Löwe, R.	Strube, Dr. jur.
Meyer, Robert.	Tetens, Dr. jur.
Muß, W.	Tietjen, Dan.
Pappier, Fr.	Vagt, L.
Rieniets, A. G.	Binnen, F. A.
Rodenburg H.	Wellmann, J.
Rohr, Fr.	Wuppesahl, H. A.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
A. Vertrauliche Sitzung.		VIII. Mitteilung des Senats vom 4. September 1912:	
B. Öffentliche Sitzung.		2. Dienstwohnung des Rathausmeisters. (R. 3. Verh. gef.)	
I. Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 1912: Fleischsteuerung	700	IX. Antrag, betreffend die Ruheohnberechtigung der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter. (R. 3. Verh. gef.)	
II. Mitteilung des Senats vom 7. August 1912: Jahresbericht der Stadtbremischen Armenpflege und des Stadtbremischen Waisenamts für das Rechnungsjahr 1911. (R. 3. Verh. gef.)		X. Antrag, betreffend Ausdehnung des Fortbildungs- schulwesens auf das Landgebiet. (R. 3. Verh. gef.)	
III. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (R. 3. Verh. gef.)		XI. Antrag wegen Aenderung des § 71 des Beamtengesetzes. (R. 3. Verh. gef.)	
IV. Mitteilung des Senats vom 12. Juli 1912: 14. Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer am Weserwehr. (R. 3. Verh. gef.)		XII. Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 1912: 1. Jahresbericht der Deputation für die Unterweserkorrektur für das Jahr 1911. 2. Jahresbericht der Deputation für die Unter- weserkorrektur über die Ausführung der Wehr-, Schleusen- und Turbinenanlage in der Weser bei Bremen für das Jahr 1911. (R. 3. Verh. gef.)	
V. Mitteilung des Senats vom 26. Juli 1912: Anlegung des Osterholzer Friedhofes. (R. 3. Verh. gef.)		XIII. Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 1912: 7. Ankauf des Grundstücks Nordstr. 1a. (R. 3. Verh. gef.)	
VI. Mitteilung des Senats vom 13. August 1912: 3. Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau eines Buchhauses in Oslebshausen. (R. 3. Verh. gef.)			
VII. Mitteilung des Senats vom 19. März und 27. Juli 1912: 3. Neubau des Kammergebäudes auf der Fuhrparkstelle I. (R. 3. Verh. gef.)			

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Es findet zunächst eine vertrauliche Sitzung statt.

Beginn der öffentlichen Sitzung 8 Uhr 3 Min.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 8. Oktober: „Durchführung der Talstraße zur Vereinsstraße.“

Zu Senatskommissaren sind ernannt für die Verhandlungen der Bürgerschaft,

betreffend Firmen- und Gewerbesteuer, neben Herrn Senator Dr. Donandt ferner Herr Senator Bömers, betreffend Fleischsteuerung Herr Senator Feuß und Herr Senator Biermann.

Weiter ist der Bürgerschaft eine Eingabe von Zollmaschinen, betreffend ihre Gehaltsverhältnisse zugegangen. Sie liegt in der Kanzlei aus.

In der vorigen Sitzung der Bürgerschaft hat bei der Beratung des Antrages Beenekes, betreffend Schiffsabgabe auf Getreide und Mehl, Herr Dr. Apelt gesagt:

Ich glaube, wenn die Bürgerschaft den Antrag annehmen würde, so dürfte man uns mit Recht mit den Bürgern jener Stadt vergleichen, die den Namen Schilda führt.

Ich bitte, derartige Redewendungen, die geeignet sind, Mitglieder der Bürgerschaft zu verletzen, in Zukunft zu vermeiden.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 1912: Fleischsteuerung.

Senatskommissare: die Herren Senator Feuß und Senator Biermann.

Präsident: Dazu ist folgender Antrag Kunoth eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den bremischen Bevollmächtigten im Bundesrat für eine Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes eintreten zu lassen.

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Die Rednerliste ist: Senator Feuß, Hagemeyer, Kunoth, Stögen, Dr. Feldmann, Dr. Böhmert.

Senatskommissar Herr Senator Feuß: Herr Präsident! Ich habe zunächst namens des Senats eine kurze Erklärung abzugeben. Der Senat hat nach Lage der Sache von einer Befragung der Finanzdeputation abgesehen. Im übrigen beziehe ich mich auf den Bericht.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Abgesehen davon, daß durch die steigende Zahl der Bevölkerung und durch die bessere Lebenshaltung an sich alle Preise teurer geworden sind und wahrscheinlich noch teurer werden, liegt der Hauptgrund für die Verteuerung der Lebensmittel, wie wir alle wissen, in der agrarischen Politik im Deutschen Reiche, und wenn nicht damit gebrochen wird, wird von einer gründlichen Remedur kaum die Rede sein können. Die Deputation hatte die Aufgabe, innerhalb dieser Verhältnisse zu prüfen, in welcher Weise für Bremen etwas geschehen könne. Es handelt sich einmal dabei um die Frage, ob dauernd etwas geschehen kann. Das ist vielleicht möglich, indem man einmal sich bemüht, die Zufuhr an Vieh und Fleisch von auswärts zu verstärken, soweit es die heutigen Bestimmungen des Reiches zulassen, um dadurch ein größeres Angebot zu erzielen. Die Mittel dafür sind schon in dem Bericht der Deputation erwähnt: Einrichtung einer Quarantänestation, ferner vielleicht eine verbesserte Zufuhr aus unseren nächstbenachbarten Gebieten durch Kleinbahnen usw. (ich erinnere daran, daß eine derartige Petition an Senat und Bürgerschaft gelangt ist), ferner die Einfuhr von Gefrierfleisch, wie sie England hat, dann auch die Hebung der Produktion in Bremen selbst und unserer nächsten Umgebung. In dieser Beziehung möchte ich darauf hinweisen, daß diese durch die gesundheitspolizeilichen Vorschriften in den letzten Jahren außerordentlich erschwert ist. In der Deputation ist auch angeregt, ob nicht die Schweinemästereien, die Schweinehaltung bei den städtischen Anstalten, dem Krankenhause und der Gefangenanstalt, erweitert werden könne. Das sind aber alles Fragen, die, wie der Bericht sagt, nicht so schnell erledigt werden können, mit denen wir aber der Bürgerschaft in der nächsten Zeit kommen werden. Die nächstliegende Frage ist, ob dänisches Vieh und Fleisch zu importieren sei. Wie der Bericht sagt, hat sich aber erwiesen, daß sich dieses nicht billiger stellt, als wenn wir deutsches Fleisch nehmen. Da haben wir uns gesagt, daß wir lieber versuchen sollten, die Bevölkerung mit besserem, gutem deutschem Fleisch so billig wie möglich zu versorgen. Es soll daher nach dem Vorbilde der billigen Fischtage auch jede Woche ein billiger Fleischtag eingerichtet werden. Die Fischtage waren im vorigen Jahre auf Anregung der Klein-Handelskammer veranstaltet. Wir sind an die Fleischerinnung herangetreten, und ich kann nur sagen, daß wir nach einigen längeren Verhandlungen bei der Fleischerinnung für die Frage ein völliges Verständnis gefunden haben. Heute ist bereits der erste billige Fleischtag gewesen. Die Herren von der Fleischerinnung haben sich mit den Kommissionären bemüht, geeignetes gutes Fleisch für den heutigen Tag zu liefern. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich heute morgen bei zwei Fleischermeistern zu überzeugen, wie die Sache funktioniert, und habe den Eindruck ge-

wonnen, daß man der ganzen Angelegenheit wohl Vertrauen entgegenbringen kann, daß wir in die Fleischermeister das Vertrauen setzen dürfen, daß sie in dieser Sache im Sinne des Vertrages vorgehen werden. Wir haben uns auch bemüht, wieder billige Fischtage einzurichten, von dem Gedanken ausgehend, daß man alles versuchen sollte, die Lebenshaltung möglichst zu verbilligen. So ist auch der Vertrag mit den Fischhändlern zustande gekommen. Herr Präsident! Ich glaube, daß wir mit den heutigen Vorschlägen etwas erreicht haben, was im Rahmen der beschriebenen heutigen Entwicklung zu erreichen möglich war. Ich bitte, unsere Vorschläge anzunehmen.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Herr Kunoth: Es ist dankbar anzuerkennen, daß die Deputation so fleißig gearbeitet hat und so bald mit ihrem Bericht gekommen ist, und ebenso dankbar ist es anzuerkennen, daß die Geschäftsleute mit der Deputation Hand in Hand gehen, um zu schaffen, was vorgeschlagen. Die Geschäftsleute, die Ladenbesitzer haben unter der Teuerung genau so zu leiden, wie alle anderen Stände, und der kleine Zwischenhändler verdient im allgemeinen nicht mehr, als ihm für seine Arbeit zukommt. Ich erkenne in dem Entgegenkommen der Schlachter und Fischhändler das Bestreben, nach ihren Kräften dazu beizutragen, die Teuerung für die minderbemittelten Kreise zu mildern. Es mag sein, daß noch praktischere Vorschläge zu machen waren, aber das Entgegenkommen verdient Anerkennung. Aus den betreffenden Konsumentkreisen wird z. B. darüber geklagt, daß sie das billigere Fleisch nur am Mittwoch und dann nicht unter zwei Pfund kaufen können. Eine Milderung darin wäre zweckmäßig; ob sie möglich ist, kann ich nicht entscheiden.

Ich bedauere es, daß die Reichsregierung die Beiseitigung der Notlage auf die Stadtverwaltungen abzuwälzen sucht, die den Verkauf von Nahrungsmitteln organisieren sollen. Ist das eine Förderung des Mittelstandes? Es scheint, als wenn die Regierung damit den Blick von den dicken Sperrmauern an der Grenze ablenken und den Ladenzwischenhandel zum Sündenbock machen will.

Die meisten Regierungsmaßnahmen in der Fleisch- und Viehfrage nützen so gut wie gar nichts. Die Tarifiermäßigungen auf den Eisenbahnen bringen nur eine minimale Preisermäßigung. Linderung kann nur die Einfuhr billigen Gefrierfleisches bringen; aber diese wird künstlich erschwert. Den Antragstellern — und ich denke, der ganzen Bürgerschaft kommt es absolut nicht in den Sinn, die Landwirtschaft in ihren berechtigten Ansprüchen zu schädigen. Im Gegenteil, wir wollen nach Möglichkeit den Kleinbauernstand fördern durch Aufteilung der großen Güterkomplexe, da wir glauben, daß die besten Viehzüchter

die Kleinbauern sind, die selbst mit Hand anlegen. Wir wollen die Landwirtschaft auch nicht mit ihren Erzeugnissen dastehen lassen. Wir wollen einen Einfuhrausgleich schaffen in den Zeiten schlechter Ernte und Viehkonjunktur, wir wollen den Fleischbedarf decken, damit der kleine Mann die Fleischpreise erschwingen und sich ausreichend ernähren kann. Darum ist es notwendig, die Fleischeinfuhr gegenüber dem Bedarf zu regulieren. Ich denke an ein Kontingent für die Einfuhr. Aber die Ausführungsbestimmungen zum § 12 des Fleischbeschaugesetzes machen die genügende Einfuhr von Gefrierfleisch, besonders von Rindfleisch aus Australien und Argentinien, so gut wie unmöglich.

Der § 12 verlangt, daß bei der Einfuhr Herz, Nieren und Lunge sich im Zusammenhang mit dem betreffenden Tierkörper befinden. Warum kann die Regierung das Exportfleisch nicht schon in den Verschiffungshäfen durch Vertrauensmänner, durch ihre Beamten kontrollieren lassen? Warum dürfen die Tierkörper nur der Länge nach geteilt eingeführt werden? Das verteuert und erschwert den Transport; bei Viertel- und Querteilung lassen sich die Räume des Dampfers nämlich besser ausnutzen. Es genügt doch bei der Viertel- und Querteilung eine Nummerierung der einzelnen Stücke, da doch die zur Untersuchung nötigen Eingeweideteile an den Einzelstücken haften bleiben.

Das Gefrierfleisch (Rindfleisch) verliert bei dem jetzigen System des völligen Auftauens im Ankunftshafen sehr schnell an Haltbarkeit. Diese Verluste, die das Fleisch verteuern, kann der Importeur nicht tragen. Man sollte beim Gefrierfleisch auf das Anschneiden der großen Körper-Lymphdrüsen verzichten, wenn die Untersuchung der Organe und der auch im Gefrierzustande befindlichen, leicht erreichbaren Drüsen keinen Verdacht erregt haben. Wie Fachleute versichern, reicht dies aus. In jedem Verdachtsfalle müßte natürlich der ganze Tierkörper aufgetaut werden.

Verständlich ist es auch nicht, daß das Gefrierfleisch zolltechnisch als zubereitetes Fleisch 35 μ Zoll auf 100 Kilogramm zu tragen hat, während es fleischbeschauetechnisch als frisches Fleisch gilt und dieses nur 27 μ Zoll hat.

Mit einer größeren Reihe von Herren habe ich deshalb den Antrag gestellt:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den bremischen Bevollmächtigten im Bundesrat für eine Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes eintreten zu lassen.

Wir glauben damit im Sinne der Deputation zu handeln. Der Deutsche Städtetag hat vor einigen Tagen sogar die Aufhebung und in zweiter Linie die Milderung beantragt. Wir sehen davon ab, die Aufhebung dieses Paragraphen zu verlangen, da wir nicht unsern Bundesratsbevollmächtigten in eine unangenehme Lage bringen wollen. Denn es ist ausgeschlossen,

daß das auswärtige Fleisch bei der Untersuchung weniger sorgfältig behandelt wird als das inländische Fleisch. Gegen unsern Antrag werden wahrscheinlich einige Herren aus der Bürgerschaft, auch vom Fleischergerwerbe, sprechen. Sie werden sagen, es sei das nicht möglich, inländisches Fleisch werde sonst schlechter behandelt. Aber Sachverständige haben gesagt, wenn man eine Milderung der Bestimmungen in dem Sinne, wie ich es ausgeführt habe, beschlösse, würde das von auswärts eingeführte Fleisch genügend kontrolliert werden können.

Die Reichsregierung müßte dauernde Erleichterungen einführen, damit das Importgeschäft sich darauf einrichten kann und ohne Risiko Gefrierhäuser, Dampfer mit Gefrierräumen, Kühltransportwagen usw. gebaut werden können.

Zu prüfen wäre auch, warum das Halten von Schweinen im Bremischen so sehr zurückgegangen ist und ob sich eine Milderung der Vorschriften der Baupolizei und der Gesundheitsbehörde rechtfertigen läßt. Die Deputation sollte auch diese Fragen erörtern und eventuell die Hand dazu bieten. (Herr Hagemeyer: Schon im Gange!) Wir bitten um Annahme unseres Antrages, mit dem wir niemand schädigen, aber in schweren Teuerungszeiten den Minderbemittelten billigeres Fleisch schaffen. (Lebhafte Bravo.)

Herr Stözen: Herr Präsident! Meine Herren! Ich weiß nicht, ob durch den vorliegenden Bericht, der uns zugegangen ist, auch der erste Bericht vom 22. Juni dieses Jahres über bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, als erledigt zu betrachten ist. Einmal hätte man der Ansicht entgegenzutreten müssen, daß es sich nicht, wie in dem Berichte zum Ausdruck gebracht ist, um eine vorübergehende, sondern, daß es sich um eine außergewöhnliche Teuerung handelte. Es wäre auch noch hinzuweisen darauf, daß mit Erhebungen und Feststellungen sowie durch die Festsetzung der billigen Fischtage, die im letzten Winter eingerichtet waren, eine Teuerung nicht aus der Welt zu schaffen ist. Es ist dann noch eine Ansicht, die in dem ersten Berichte ausgesprochen ist, zu bekämpfen, daß die Deputation ihre Aufgabe als erfüllt, respektive als erledigt zu betrachten hätte in dem Berichte — — —

Präsident: Herr Stözen, ich muß darauf aufmerksam machen, daß der Bericht vom 22. Juni später zur Verhandlung kommt. Die Sache ist an die Deputation für den Schlachthof, die mit der von der Bürgerschaft erwünschten Berichterstattung beauftragt ist, verwiesen.

Herr Stözen: Ich wollte die Sache nur kurz streifen und ist mit dem Angeführten schon erledigt. Am 28. August haben wir zwei Anträge angenommen,

einen Antrag von Herrn Hormann und einen von meinem Freunde Henke. Durch den Antrag Henke ist zum Ausdruck gebracht worden, daß um der Teuerung zu steuern, jetzt schnell gehandelt werden müsse. Und im Anlaß dieses Antrages liegen jetzt Maßnahmen seitens der Deputation vor. Der Antrag Hormann hat ja alle Hoffnung auf das Reich gesetzt, daß uns das etwas bringen sollte. Aber diese Hoffnungen sind gründlich zu Wasser geworden. Darüber waren wir uns jedenfalls klar, daß die Reichsregierung von ihrem Kurse auch nicht abgehen konnte; denn, würde die Reichsregierung dem Verlangen des Volkes nachgegeben haben, dann würde sie gegen ihre eigene Politik handeln, sie würde also gegen den von ihr eingeschlagenen Kurs der Zollwirtschaft sein und das war nicht zu erwarten. Wir müssen uns nun mit dem begnügen, was in dem Antrage Henke zum Ausdruck gebracht ist und auch zugrunde liegt. Und die Maßnahmen, die hierdurch getroffen werden können, können weit mehr ausmachen, als uns die Reichsregierung durch ihre Maßnahmen bietet.

Ich habe in der Deputation schon meinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Maßnahmen so kläglich ausgefallen sind, und daß diese insofern nicht dazu angetan sind, der minderbemittelten Bevölkerung das zu bieten, was man ihr bieten sollte. Infolge des Antrages der Deputation sollen billige Fleischtage eingeführt werden. Es soll der Bevölkerung Fleisch in Stücken von 2—4 Pfund am Mittwoch jeder Woche zu billigerem Preise abgegeben werden. Ich habe schon in der Deputation zum Ausdruck gebracht, daß die minderbemittelte Bevölkerung am Mittwoch schwer in der Lage sein wird, noch Fleisch in Stücken von 2—4 Pfund kaufen zu können. Es kommt dann ferner bei diesen Stücken die Beilage in Frage. Bei diesen Stücken, die für 80 oder 87, oder 85 S das Pfund gekauft werden können, wird eine Beilage von Knochen beigegeben. Bisher war ein solcher Verkauf in Bremen nicht üblich, das ist mir von Fachleuten bestätigt worden, und ich habe die Befürchtung zum Ausdruck gebracht und auch bestätigt bekommen von Schlachtermeistern, daß, wenn jemand 2 Pfund Fleisch zum Preise von 80 S per Pfund holt, er nicht 1000 Gramm, sondern vielleicht 850 Gramm Fleisch und dann eine Beilage von 150 Gramm in Gestalt eines Knochen erhält. Diese Befürchtung ist eingetroffen und ist bestätigt worden durch Personen, die uns mitgeteilt haben, daß die Schlachter gesagt haben, daß sie von nächster Woche an Markknochen und Knochen nicht mehr als solche verkaufen könnten. Die müßten sie jetzt selbst gebrauchen. Wenn wir die Sache also recht ansehen, dann ist das Fleisch nicht billiger geworden, sondern teurer, man redet deshalb auch schon nicht mehr von billigen Fleischtagen in der Doffentlichkeit, sondern von teuren Knochentagen. (Sehr richtig! Widerspruch.) Das ist alles, was wir

bestätigt gefunden haben. Es kommt ferner hinzu, daß gerade die minderbemittelte Bevölkerung nicht Fleisch in Stücken von 2—4 Pfund, sondern in Stücken von $\frac{1}{2}$ und 1 Pfund kaufen kann. Wenn nun eine Familie sich veranlaßt sieht, durch die sogenannten billigen Fleischtage sich 2 Pfund Fleisch zu kaufen, dann wird sie nach den jetzigen Teuerungsverhältnissen mehrere Tage davon essen müssen. Es ist uns in der Deputation gesagt worden, daß das Fleisch sich mehrere Tage hält und daß man es bis zum Sonnabend oder Sonntag aufheben könne. Aber die Sache liegt einfach so, daß die Arbeiterschaft, denn die kommt ja wohl nur in Frage, überhaupt nicht in der Lage ist, sich am Mittwoch Fleisch für Sonnabend oder Sonntag kaufen zu können. Also die Sache läuft darauf hinaus, daß es nicht ein Vorteil ist, was hier vorgeschlagen wird, sondern Nachteile bietet, da das Fleisch durch die Knochenbeilage teurer geworden ist. Aus diesem Grunde können wir, die Sozialdemokraten, nicht für den Antrag stimmen.

In der Deputation ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Schlachtermeister die Sache in der loyalsten Weise handhaben wollten, und daß keine Befürchtungen beständen über das, was ich vorgetragen hätte. Aber meine Befürchtungen sind eingetroffen, und wir müssen sagen, daß wir nichts anderes erwartet haben, was bedeutet denn eine Beilage? Wir können dem Antrage der Deputation auch nicht zustimmen, da die ganze Sache für die Arbeiterschaft von keinem Vorteile ist. Anderswo wird das Fleisch auch mit Beilage verkauft. So im Rheinlande, in Westfalen und im Oberland, aber dafür werden dort auch andere Preise bezahlt. Da haben wir in Baden einen Preisunterschied bei Kalbfleisch von 60 und 80 \mathcal{L} mit Beilage und ohne, bei Hammelfleisch von 25 und 30 \mathcal{L} , bei Schweinefleisch von 35 \mathcal{L} . Daraus kann man sehen, daß bei der Verkaufsweise, wie sie hier gehandhabt wird, nur die Schlachter den Vorteil haben. Bisher bekamen die Schlachtermeister 20—30 \mathcal{L} für Knochen, heute sollen sie mit 80 \mathcal{L} verkauft werden.

Ich habe dann noch auf eins hinzuweisen, nämlich, daß wir in Zukunft noch höhere Viehpreise haben werden. Aus diesem Grunde stelle ich einen Antrag, durch den wir der Deputation etwas mehr Geld zur Verfügung stellen. Ich habe das auch bereits in der Deputation gesagt, aber da wurde es abgelehnt. Ich stelle folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft beschließt, die Summe von 20 000 \mathcal{M} der Deputation wegen besserer Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vorläufig zur Verfügung zu stellen, und ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Herr Präsident! Diesen Antrag habe ich bereits in der Deputation gestellt, und er wurde dort abgelehnt. Eine ganze Reihe von Momenten spricht für diesen Antrag. Wir können dann mit den Maßnahmen

weiter gehen und preisregulierend in Bremen einwirken. Wir setzen dadurch, daß wir der Deputation mehr Geld zur Verfügung stellen, dieselbe in die Lage, mehr Fleisch nach Bremen holen zu können, und durch einen wirklich billigen Preis an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben durch die Fleischermeister. Das eingeführte Fleisch muß dann zu bestimmten Sägen verkauft werden, wie das auch in anderen Städten geschehen ist. In Wiesbaden sind bestimmte Prozentsätze zwischen dem Einkauf und dem Verkaufe seitens der Stadt und den Fleischermeistern festgesetzt zu den Preisen, wie auf dem Schlachthofe gekauft ist, wird ein bestimmter Prozentsatz aufgeschlagen. Ähnlich so kann es auch hier gemacht werden. Wenn mit den Fleischermeistern kein Uebereinkommen möglich ist, dann soll die Stadt das in eigene Regie übernehmen. Wenn der Deputation dieses Geld zur Verfügung gestellt wird, dann können wir uns umsehen, wo wir Fleisch bekommen können, und wenn es nicht anders zu machen ist, dann muß es dem Staate etwas Geld kosten. Denn nach einer Notiz, wie sie durch die Fleischerzeitung geht, dem amtlichen Organ der Fleischermeister Deutschlands, werden wir noch für die Zukunft dauernd hohe Fleisch- und Viehpreise haben. In der Fleischerzeitung vom 5. Oktober steht:

Dauernd hohe Viehpreise! Die Viehpreise werden nach der Meinung der Gräser und Viehhändler auch noch nächstes Jahr mindestens auf der gleichen Höhe bleiben. Es ist schon jetzt Jungvieh auf den Halligen zur Lieferung September-Oktober nächsten Jahres zu recht hohen Preisen, höheren als dieses Jahr, verkauft; auch schon auf Hammel und Schafe, lieferbar Herbst 1913, sind hohe Preise geboten.

Und wenn Herr Deplen sich diese Ausführungen ansieht, dann wird er nicht mehr glauben können, daß die Preise in der nächsten Zeit bald sinken werden. Augenblicklich mag das der Fall sein, aber jetzt ist auch die Zeit, wo das Vieh teilweise von der Weide heruntergeholt wird, und da fällt es immer etwas im Preise, also augenblicklich mag ein Sturz da sein, aber dann werden die Preise wieder höher gehen und höher sein als jetzt, so werden wir noch recht lange mit einer außergewöhnlichen Teuerung zu rechnen haben, wir werden nicht umhin können, etwas mehr zu tun als bisher. Die Teuerung wird noch länger dauern als nächstes Jahr. Ich will Ihnen einige Beispiele geben, daß wir nicht allein in Bremen mit diesem Vorhaben dastehen. Wir haben noch eine ganze Reihe von anderen Städten, die so vorgegangen sind. Düsseldorf hat 50 000 \mathcal{M} , Barmen 20 000 \mathcal{M} , Jena 10 000 \mathcal{M} , Frankfurt 3000 \mathcal{M} allein für Studienzwecke zur Verfügung gestellt, in Halle a. S. sind es 30 000 \mathcal{M} , die der Teuerungskommission in Form eines Kredits zur Verfügung gestellt sind. In Altenburg ist die Sache so, daß auf derselben Grundlage, wie ich es verlange, 200 000 \mathcal{M} zur Verfügung gestellt worden sind.

Ich glaube, Sie können meinen Antrag annehmen; und wenn wir neulich 25 000 *M* bewilligt haben für eine einzelne Person, dann liegt es wohl im Interesse der ganzen Bevölkerung, daß wir auch diese 20 000 *M* bewilligen.

Wir haben auch in der Deputation davon gesprochen, daß die Schweinehaltung bei den Arbeitern und kleinen Bauern auf großen Widerstand stößt. Es ist uns Mitteilung gemacht worden, daß die Sache untersucht werden würde, und daß wir darüber demnächst einen Bericht zu erwarten hätten.

Unsere Stellungnahme bezw. des Vertrages mit den Fischhändlern will ich mitteilen, daß wir betreffs der Fischtage mit dem Antrage der Deputation einverstanden sind. Bei den Fleischtagen wird das Fleisch nicht billiger, aber bei den Fischtagen ist es so, daß da der Kopf nicht von dem Fisch abgehauen werden kann, um als Zulage dem anderen Fischkäufer beigegeben werden kann. Die Fische müssen sie uns schon so verkaufen, wie sie sind. Den billigen Fischtagen bringen wir also unser Vertrauen entgegen, wir sind also für die billigen Fischtage, aber gegen die billigen Fleischtage, so wie es jetzt gehandhabt wird.

Auch die Statistik lehrt uns, daß die Steigerung der Lebenshaltung ganz bedeutend ist. Es sind im vorigen Jahre im Juli pro Familie von fünf Köpfen in Bremen pro Woche 23.79 *M* für Lebensmittel zu berechnen gewesen, in diesem Jahre im Juli pro Woche 26.31 *M*, und im August 27.30 *M*. Das ist eine Steigerung bis August um 3.51 *M*. Diese Zahlen beweisen doch, daß eine Teuerung vorliegt. Aus diesen Gründen mit lehnen wir den Antrag bezüglich der billigen Fleischtage ab. Ich bitte, über die Anträge der Deputation getrennt abstimmen zu lassen, da wir gegen die billigen Fleischtage aus den von mir angeführten Gründen sind, aber für die billigen Fischtage. (Bravo!)

Präsident: Herr Stögen, wollen Sie in Ihrem Antrage nicht sagen, zu welchem Zwecke die Bewilligung der 20 000 *M* erfolgen soll? Ihr Antrag lautet:

Die Bürgerschaft beschließt, die Summe von 20 000 *M* der Deputation wegen besserer Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vorläufig zur Verfügung zu stellen, und ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Wollen Sie nicht sagen, daß die Summe zu dem und dem Zweck zur Verfügung gestellt werden soll?

Herr Stögen: Es kommt in Frage, daß die Lebensmittel — — —

Präsident: Das Wort zu weiteren Ausführungen kann ich Ihnen jetzt nicht geben, ich frage Sie nur, ob Sie in Ihrem Antrage nicht sagen wollen, zu welchem Zwecke die Summe bewilligt werden soll.

Herr Stögen: Der Zweck soll sein, die Unkosten für den Transport und auch eventuell den Zoll zu tragen für einzuführende Ware.

Präsident: Also zur Einführung von billigen Lebensmitteln.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Dr. Feldmann: Herr Präsident! Die Vorlage der Deputation ist dankbar zu begrüßen, jedoch ist darin eine große Unklarheit enthalten, die nach meiner Meinung beseitigt werden sollte. Der Verein Bremischer Fischhändler hat sich erboten, bei dem Verkauf von Fischen auf jeden Reingewinn zu verzichten. Das muß jedenfalls als ein besonderes Opfer anerkannt werden. Es ist damit wohl eine gewisse Kellame verbunden, um den Fischverbrauch weiter zu popularisieren, aber es muß doch anerkannt werden, daß damit ein großes Opfer zum Besten der minderbemittelten Bevölkerung gebracht wird. Nun frage ich: Wie verhält es sich mit dem zu verkaufenden Fleisch, dem Rind- und Schweinefleisch? Wie ist es möglich, diese Fleischsorten jetzt zu einem billigeren Preise abzugeben? Darüber fehlt in der Vorlage jede Erklärung. Wohl wird gesagt, daß das Fleisch mit Beilage zu einem niedrigen Preise abgegeben werden soll, aber dadurch ist der billigere Preis doch nicht zu erklären. Ich frage: Handelt es sich hier auch um ein Opfer im Sinne des Verkaufs von Fischen an den billigen Fischtagen, das sich eine Anzahl Fleischhermeister auferlegt? (Herr Hagemeyer: Ja!) Oder wie ist das zu erklären? Ich halte es für durchaus notwendig, daß darüber von der Deputation eine Aufklärung gegeben wird, damit nicht die Meinung entsteht, es handle sich nicht um billigeres Fleisch, sondern möglicherweise um Fleisch minderer Qualität.

Herr Dr. Böhmert: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte heute an dieser Stelle nicht auf die allgemeinen Fragen der Reichspolitik eingehen, auf die Herr Kunoth in längeren Ausführungen eingegangen ist. Ich glaube, in der Bürgerschaft besteht in dieser Beziehung, mit Ausnahme weniger Mitglieder, eine erfreuliche Uebereinstimmung, so daß eine Debatte darüber ziemlich wenig Zweck hätte. Wir sind selbstverständlich bereit, für den Antrag Kunoth zu stimmen. Aber wenn wir bedenken, daß im Laufe weniger Monate ein solcher oder ähnlicher Antrag schon dreimal angenommen worden ist, so fürchte ich, daß eine Wiederholung bei der Reichsregierung keinen großen Eindruck machen wird. Für uns ist jetzt die Hauptsache, zu prüfen, ob wir selbst etwas machen können. Es freut uns, aus den Ausführungen des Herrn Hagemeyer entnommen zu haben, daß die Deputation ihre Aufgabe nicht dadurch für abgeschlossen erachtet, daß sie uns diesen Bericht bringt, sondern daß sie uns demnächst weitere Vorschläge machen wird. Ich glaube

Grund zu der Ansicht zu haben, daß uns die bisherigen beiden Vorlagen recht wenig Gewinn gebracht haben. Die erste verzichtete von vornherein auf jeden Vorschlag, und in der jetzt vorliegenden zweiten werden doch im besten Fall nur Palliativmittel vorgeschlagen. Ich gebe zu, daß die Entwicklung des Fischkonsums auf die vorgeschlagene Weise gefördert werden kann, und begrüße das Vorgehen in dieser Beziehung. Zweifelhaft aber ist mir bezüglich der billigen Fleischtage, ob dadurch die Fleischpreise wesentlich herabgesetzt werden. Von einer Seite sind große Klagen darüber vorgetragen worden. Ich meine auch, daß auf diesem Wege wenig zu gewinnen sei. Man kann es den Fleischern unmöglich zumuten, dem Publikum das Fleisch billiger abzulassen, als sie es nach Lage des Geschäfts ablassen können. Was meines Erachtens aber gemacht werden muß, ist der Versuch, einen dauernden Organisationsrahmen für die weitere Entwicklung der Lebensmittelversorgung zu schaffen. Wir haben es bei der Teuerung nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun; in der Hinsicht muß ich von der Ansicht des Herrn Depken abweichen. Ich gebe zu, daß sich die Schweinepreise vermutlich im Laufe des nächsten Frühjahr stark verringern werden, keineswegs wird das aber der Fall sein bezüglich der Rindviehpreise. Dazu reicht unser Boden nicht aus, um die in ihrer Zahl steigende Bevölkerung mit Rindfleisch zu versorgen. Nach Ansicht fast aller Sachverständigen wird daher die Teuerung der Rindviehpreise eine dauernde sein. Eine Milderung läßt sich nur dadurch erzielen, daß von auswärts Fleisch hereingebracht wird. Die Stadtverwaltungen sind vor die Aufgabe gestellt, in großen Massen Fleisch von auswärts hereinzubringen und es der Bevölkerung zugänglich zu machen. Das können die Schlachter nicht in ausgiebigem Maße tun. Wir sehen darum in fast allen Gemeinden die Versuche, Fleisch einzuführen und es zu bestimmten Preisen mit Hilfe der Schlachter an das Publikum abzugeben. Das ist ein Weg, den wir auch in Bremen beschreiten müssen. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich auch die Vorschläge der preussischen Regierung in derselben Richtung bewegen. Ich gebe zu und habe das schon vergangenen Mittwoch hier gesagt, daß die Vorschläge selbst den Eindruck machen, als ob die Regierung den Zweck verfolge, das Odium der Fleischteuerung auf die Schlachter abzuwälzen. Aber die Vorschläge enthalten doch den richtigen Grundgedanken, daß die Gemeinden selbst dazu beitragen müssen, durch den Großbezug von Fleisch die Fleischversorgung in neue Bahnen zu lenken. Es ist also unbedingt notwendig mit Rücksicht auf die zu erwartenden Zollerleichterungen, diese auszunutzen und einen solchen Organisationsrahmen zu schaffen. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, wie die Deputation vorschlägt, damit zu warten, bis diese Zollerleichterungen vom Reichstage beschlossen worden sind, sondern die Zeit drängt, die Notwendigkeit wird sich in kurzer

Zeit herausstellen. Also sollten wir diesen Schritt ruhig tun. Nach meiner Meinung muß ihm aber etwas vorausgehen, nämlich eine genaue Preisbestimmung. Die Preisfestsetzung muß durch die Schlachthofdeputation selbst erfolgen, damit man genau weiß, wie die Dinge liegen. Diese muß auch genau über die Fleischpreise im Auslande unterrichtet sein, um zu wissen, wo sie einkaufen kann. Die Schlachter können nicht in dem Maße unterrichtet sein, jedenfalls können sie nicht rechtzeitig eingreifen. Das muß die Deputation für den Schlachthof leisten, dazu ist sie da. Sie soll sich darüber genau informieren, wo billiges Fleisch gekauft werden kann. Nun sagt die Deputation, sie habe sich umgesehen, aber tatsächlich sei nirgends billiges Fleisch zu bekommen. Da möchte ich darauf hinweisen, daß Herr Depken vorhin gesagt hat, in England sei das Fleisch viel billiger. (Zuruf: Teurer!) Dann habe ich ihn mißverstanden.

Präsident: Herr Depken hat noch nicht gesprochen.

Herr Dr. Böhmert: Dann ist das meinerseits ein Irrtum. Jedenfalls kann aus anderen Ländern unzweifelhaft Fleisch billiger bezogen werden. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß z. B. Hannover noch gerade gestern, wie ich in einer Zeitung gelesen habe, erhebliche Mengen aus Schweden bezogen hat. Auch Belgien ist uns jetzt zugänglich gemacht worden durch die neuen Bestimmungen der preussischen Regierung. Ich glaube deshalb, daß für die Beschaffung von billigem Fleisch immer noch leicht Gelegenheit gefunden werden kann.

Mit dem Antrage Stören werden wir meines Erachtens nicht weiterkommen. Denn die Deputation wird mit den 20 000 M nichts anfangen können, weil die Vorbedingungen, von denen ich gesprochen habe, fehlen.

Dann ein anderer Punkt. Es ist mir aufs bestmögliche versichert worden, daß auf der Freibank eine große Menge Fleisch, das eigentlich auf die Freibank gehört, nicht abgesetzt worden ist. Woran liegt das? Jedenfalls an der mangelhaften Organisation. Der nächste Schritt, den die Deputation tun müßte, ist, daß sie Freibanken auch in anderen Teilen der Stadt errichtet. Es sollen ganze Fässer Fleisch aufgestapelt liegen in den Kühlanlagen. Diese könnten in Filialen der Freibank regelrecht zur Verteilung kommen. Dort könnte auch eventuell Gefrierfleisch verkauft werden. Durch zwei bis drei Zentren könnte dieses Fleisch viel leichter in den Konsum gebracht werden, wenn der Absatz durch die Schlachter Schwierigkeiten macht.

Im übrigen bemerke ich, daß ich den Ausführungen des Herrn Kunoth durchaus zustimme, ebenso auch einem Teil der Ausführungen, die Herr Depken gemacht hat. Früher, noch vor wenigen Jahrzehnten oder Jahren war es dem kleinen Mann in der Stadt

möglich, ein erhebliches Quantum Schweine zu züchten und zu mästen. Durch übertriebene Bestimmungen der Bauordnung, durch die die allgemeine Hygiene keineswegs gefördert wird, ist das unmöglich gemacht. Auch durch Aufhebung dieser unnötigen Bestimmungen könne etwas geholfen werden.

Ich behalte mir vor, über die Frage der Lebensmittel im allgemeinen zu sprechen, wenn der weitere Bericht der Deputation vorliegt.

Senatskommissar Herr Senator Feuß: Herr Präsident! Ich hatte eigentlich erwartet, heute abend hier eine Fülle von Anregungen für die weiteren Verhandlungen in der Deputation zu finden, ich muß aber sagen, daß ich bis jetzt einigermaßen enttäuscht bin; denn alle Fragen, die bis jetzt von den Vorrednern angeregt sind, sind auch bereits in der Deputation zur Sprache gekommen. Wenn die ganze Angelegenheit nicht so schnell von der Stelle kommt, wie die Bürgerschaft es vielleicht wünscht, so liegt das eben an der Schwierigkeit des zu lösenden Problems. Es ist heute abend hingewiesen worden auf Maßnahmen in anderen Städten. Alle diese Maßnahmen sind selbstverständlich der Deputation bekannt. Wenn man sie betrachtet, muß man sie aber als das charakterisieren, was sie sind, nämlich als tastende Versuche. (Sehr richtig!) Zu welcher eigentümlichen Maßnahmen man unter Umständen kommt, geht aus Mitteilungen hervor, die wir z. B. aus Halle bekommen haben. Da sind 200 000 M als Teuerungsfonds bereitgestellt, um den Einwohnern mit weniger als 2400 M Einkommen billiges Fleisch zu liefern. Wenn man das hört, möcht's leidlich scheinen. Wer aber soll die Kontrolle führen, ob diejenigen, die billiges Fleisch zu kaufen wünschen, auch berechtigt sind, das billige Fleisch zu empfangen? Sollen etwa die Leute, die billiges Fleisch in Anspruch nehmen, zugleich ihre Einkommensdeklaration mitbringen? Oder wie hat man sich das gedacht? Man ist nirgend über das Stadium von Versuchen hinausgekommen, und in diesem Stadium befinden wir uns auch. Nun hat die Deputation zunächst nur einen kleinen praktischen Schritt vorwärts getan. Sie hat geglaubt, den Bericht über diesen Vorschlag der Bürgerschaft nicht vorenthalten zu sollen, um nach Möglichkeit schnell zu handeln.

Alles weitere hat die Deputation sich ausdrücklich, wie in dem Berichte auch ausgeführt worden ist, vorbehalten. Ich möchte bitten, doch die weiteren Vorschläge der Deputation in Ruhe abzuwarten. Ich hätte überhaupt gewünscht, daß auch diese Frage im gesamten Deutschland mit viel größerer Ruhe behandelt worden wäre, als das geschehen ist. Es ist natürlich, wenn so und so viele große Kommunen sich plötzlich auf die Viehbestände Dänemarks stürzen, daß dann die Preise in Dänemark in die Höhe gehen müssen, und das haben wir erreicht. Hätten wir beispielsweise nach dem Vorschlage gewisser Kreise gehandelt und

zum Beispiel schon Mitte September dänisches Fleisch, und zwar unter Aufwendung von öffentlichen Mitteln eingeführt, so würden wir dieses Fleisch nicht billiger, sondern ebenso teuer oder teurer bezahlen müssen, als das hiesige. Wir hätten allerdings dänisches Fleisch hier gehabt, aber das wäre auch der einzige Vorzug gewesen. Es liegt mir ein amtlicher Bericht aus Aalborg vom 17. September vor. Danach hätte sich das Ochsenfleisch, wenn es hier eingeführt worden wäre und hier am Plage zum Verkauf gekommen wäre, auf 75,5—86,75 J pro Pfund gestellt. Am gleichen Tage notierte hier der Schlachthof dieses Fleisch mit 70—90 J, also ein geringes mehr. Für Kuhfleisch wurde bezahlt Mitte September 66,5 bis 84,50 J. Hier auf dem Schlachthof kostete das Kuhfleisch 60—85 J, also kaum ein Unterschied. Bullen wurden bezahlt mit 66,50—84,50 J das Pfund. Hier in Bremen hat die Ware gekostet am 16. September 72—88 J. Aus einer anderen Notiz, aus Kolding vom 18. September geht genau dasselbe hervor. Es würde also, wenn wir Mitte September dem allgemeinen Drängen stattgegeben hätten, dänisches Fleisch einführen unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, die erhoffte Verbilligung des Fleisches auf diese Weise nicht erreicht. Bei den Vergleichen handelt es sich um Fleisch bester, weniger guter und mittlerer Qualität.

Dann möchte ich mir einige Bemerkungen zu machen erlauben zu den Ausführungen der Herren. Die Annahme des Antrages Kunoth stelle ich anheim, obgleich Herr Dr. Böhmert mit Recht hervorgehoben hat, daß, wenn dergleichen Anträge wiederholt gestellt werden, eine gewisse Abstumpfung nicht von der Hand zu weisen ist. Persönlich glaube ich, daß der Senat dem Antrage zuzustimmen geneigt sein würde, ich muß aber betonen, daß von Seiten des Senats bisher schon alles geschehen ist, was getan werden konnte.

Herr Kunoth hat empfohlen, die baupolizeilichen Anforderungen an die Viehställe einer Nachprüfung zu unterziehen. Das ist schon durch die Deputation wegen besserer Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln angeordnet worden, und wir werden uns in der nächsten Sitzung über eine Rundfrage dieserhalb unterhalten müssen.

Auf die Ausführungen des Herrn Stören möchte ich antworten, daß die Schlachthofdeputation zum ersten Berichte der Deputation wegen besserer Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ihrerseits bereits berichtet hat. In kurzer Zeit wird dieser Bericht an die Bürgerschaft gelangen. Herr Stören müßte eigentlich wissen, daß die Maßnahmen, die die Deputation vorgeschlagen hat, noch nicht abgeschlossen sind. Ich muß geradezu sagen, daß ich den Teil der Rede des Herrn Stören, der sich darauf bezog, nicht verstehe. Ich vermag den Zweck dieser Ausführungen nicht zu erkennen. Herr Stören hat ferner bemängelt, daß der abgeschlossene Vertrag mit den Schlachtern schon jetzt nicht gehalten werde. Dieser Vertrag ist von

beiden Teilen beschlossen worden, mit dem Vorzuge ihn auch durchzuführen, und wenn irgendwelche Verstöße kommen, dann müssen uns diese gemeldet werden. Herrn Stözen müßte es bekannt sein, daß eine Kontrollkommission eingesetzt worden ist, die die Innehaltung der mit den Schlachtern abgeschlossenen Verträge überwacht.

Herrn Dr. Feldmann gegenüber möchte ich erklären, daß es sich tatsächlich um ein Opfer der Schlachter handelt, daß sie das im Interesse der Gesamtheit bringen. Ich glaube damit die Anfrage des Herrn Dr. Feldmann beantwortet zu haben.

Die Anregungen des Herrn Dr. Böhmert sind anerkennenswert. Aber alle diese Fragen bedürfen weiterer Klärung in der Deputation, und die Deputation hat eine Reihe von Fragen bereits in den Bereich ihrer Erörterungen gezogen. Was die Beachtung der Preise betrifft, so findet die jetzt schon statt. Es wird von der Schlachthofdeputation ein amtlicher Viehmarktsbericht herausgegeben und die Schlachthofdeputation ist zu jeder Stunde über die hiesigen und die auswärtigen Preise orientiert.

Herr Dr. Böhmert hat auf Belgien hingewiesen. Aus Belgien können wir kein Fleisch beziehen, da dieses selbst Fleisch aus Südamerika bezieht. Eigentümlich berührt haben mich die Ausführungen des Herrn Dr. Böhmert in bezug auf den Freibankfleischverkauf. Es sind da nicht ungezählte Mengen von Fleisch, wie Herr Dr. Böhmert meint, angehäuft. Solange die Freibank besteht, hat im vorigen Jahre zum ersten Male eine Anhäufung von Fleisch stattgefunden, und zwar ist diese Anhäufung der ungünstigen Gemüseernte zuzuschreiben, die wieder eine Einschränkung des Genusses von Fleisch zur Folge gehabt hat. Aus dieser Veranlassung heraus ist auch seinerzeit der § 7a in die Freibankordnung aufgenommen worden. Er ist aber wieder beseitigt, weil er gar nicht mehr notwendig ist. Darüber wird nächstens ein Bericht kommen. Und dann hat uns Herr Dr. Böhmert empfohlen, wir möchten eine größere Organisation schaffen, um das Gefrierfleisch zu vertreiben. Nach meiner Meinung hat er verkehrter Weise die Schlachthofdeputation mit der Aufgabe betraut, dieses Fleisch zu vertreiben. Wenn wir weiter nichts tun sollen, als drei oder vier Verkaufsstellen der Freibank neu zu schaffen, um das Fleisch zu detaillieren, so könnten wir es auch lassen. Dazu bedarf es einer viel größern Organisation. Ich bin der Meinung, daß wir uns sehr hüten sollten, seitens des Staates oder der Gemeinden den Detailverkauf in die Hand zu nehmen, und außerordentlich teure und das Fleisch verteuernde Organisationen zu schaffen. Nach meiner Meinung ist es richtig, sich mit den Schlachtern in Verbindung zu setzen und das Fleisch dahin zu lenken, wo es hingeleitet werden soll. Mit den wenigen Verkaufsstellen ist nichts getan. Uebrigens steht die Schlachthofdeputation auf dem Standpunkte, daß es verkehrt wäre,

mehrere Freibankverkaufsstellen einzurichten. Dafür hat die Deputation ihre Gründe. Aber heute steht das nicht zur Debatte. Demnächst wird ein weiterer Bericht der Schlachthofdeputation an die Bürgerschaft kommen.

Senatskommissar Herr Senator Biermann: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte den Ausführungen des Herrn Senator Feuß einige wenige Bemerkungen hinzufügen. Die Kritik, die an der Vorlage geübt ist, die Ihnen heute unterbreitet ist, erstreckt sich auf drei Punkte, einmal, daß für die billigen Fleischtage der Mittwoch festgesetzt worden ist, zweitens darauf, daß ein Quantum von 2—4 Pfund für die Arbeiter viel zu hoch gewählt ist, und drittens sind Zweifel darüber laut geworden, ob sich nicht die Schlachter durch die Beigabe für den billigen Preis schadlos halten würden.

Zum ersten Punkte möchte ich bemerken, daß es naturgemäß auch der Deputation sehr erwünscht gewesen wäre, wenn ein günstigerer Tag als der Mittwoch für den billigen Fleischverkauf gefunden worden wäre oder auch, wenn mehrere Tage angelegt worden wären. Es haben dieserhalb verschiedene Verhandlungen mit dem Vorstande der Fleischerinnung stattgefunden. Wir sind aber darauf hingewiesen worden, daß der Montag und Donnerstag schon sehr stark besetzt seien durch die Schlachtungen an diesen Tagen, so daß diese Tage nicht genommen werden könnten; der Sonnabend scheidet wegen zu großer Beschäftigung im Verkaufsbetrieb aus, und an den beiden anderen Tagen mußten die Vorbereitungen für den Mittwoch und Sonnabend geschaffen werden. Der Mittwoch blieb also als der einzige Tag übrig, und wir haben in dieser Beziehung nicht mehr erreichen können. Ich glaube allerdings auch, und das ist uns auch von sachverständiger Seite gesagt worden, daß sich das Fleisch bei der jetzigen Jahreszeit wohl 3—4 Tage hält, so daß die Bedenken, die in dieser Richtung gegen den Mittwoch sprechen, nicht so groß sind, als sie vorhin geschildert worden sind. — Der zweite Punkt ist der, daß die Arbeiterfamilien in der Mitte der Woche nicht mehr in der Lage seien, ein Quantum Fleisch von 2—4 Pfund zu kaufen. Ich glaube doch, daß eine Arbeiterfamilie, die sich hausälterisch einzurichten versteht und die weiß, daß sie am Mittwoch den Bezug eines billigen Nahrungsmittels haben kann, es wohl möglich machen kann, sich in diesen Vorteil zu setzen. Und nach dem, was ich über den Erfolg des heutigen Verkaufstages gehört habe, glaube ich annehmen zu können, daß von der Einrichtung ein reicher Gebrauch gemacht worden ist, und daß es sich doch gezeigt hat, daß die vorgebrachten Bedenken gegen den Mittwoch nicht so schwer aufzufassen sind, wie hier ausgeführt worden ist.

Was den dritten Punkt anbelangt, daß die Schlachter sich durch eine reichliche Beilage schadlos zu halten versuchen werden für den billigen Preis, so muß ich ganz

entschieden der Verdächtigung entgegentreten, die gegen den guten Willen der Schlachter, helfen zu wollen, geäußert ist. Ich habe mit Herrn Hagemeyer zusammen die Verhandlungen mit den Schlachtern geführt, und wir haben beide entschieden den Eindruck gewonnen, daß von jener Seite mit durchaus ernstem Willen an die Ausführungen dieser Beschlüsse gegangen wird. Ich glaube auch, sagen zu können, daß es entschieden im Interesse der Schlachter liegt, hier zu zeigen, daß sie alles tun, was an ihnen liegt und ihnen möglich ist, zu dieser Milderung der Fleischnot beizutragen.

Herr Direktor Böhmer hat ferner darauf hingewiesen, daß man nicht nur Fleisch in solcher Weise weiter zur Verteilung an die Konsumenten bringen sollte, sondern auch eventuell Verkaufsstellen in städtischer Regie einrichten müßte. Darüber, ob das wirtschaftlich ist oder nicht, will ich nicht weiter sprechen: die Deputation hat sich darüber bereits geäußert und auch Herr Senator Feuß hat dazu Stellung genommen. Daß aber ein solches Vorgehen für die Fleischer im allgemeinen unerwünscht sein muß, daß es ihnen durchaus nicht lieb sein kann, wenn ihre Kundschaft, die sonst regelmäßig bei ihnen kauft, dadurch von ihnen weggezogen wird, liegt auf der Hand. Sie sind darum bereit, ein gewisses Opfer zu bringen. Ich kann das wohl verstehen, und auch vom geschäftlichen Standpunkt der Fleischer ist das durchaus zu empfehlen. Ich glaube sagen zu können, daß das Entgegenkommen der Fleischer bezüglich der Preisfrage die Bedeutung hat, daß sie einerseits durch günstigere Bewertung des gesamten Tierkörpers in großen Stücken mit Beilage in der Lage sind, einen billigeren Preis zu stellen und andererseits auf einen Reingewinn ganz oder zum größten Teile verzichten zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung, um dadurch zu vermeiden, daß etwa städtischerseits Maßnahmen zur Detaillierung des Fleisches getroffen werden. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß es auch sonst im eigenen Interesse der Fleischer liegt, sich diesen Verkehr mit den Konsumenten zu erhalten. Sie werden immerhin damit rechnen, daß auch noch in diesen Preisen die Generalspesen zu einem erheblichen Teil mit liegen, und diese Spesen sind größtenteils feste und würden sich zweifellos erheblich schlechter verrechnen, wenn ihnen ein großer Teil des Abzuges genommen würde. Ich glaube, wir können überzeugt sein, daß die Fleischermeister in ihrem eigenen Interesse bemüht sein werden, den Vertrag in loyaler Weise auszuführen.

Was nun den Antrag Stözen anbelangt, der dahin geht, 20000 M zur Verfügung zu stellen, so hat der Präsident bereits an Herrn Stözen die Frage gerichtet, für welche Zwecke diese 20000 M zur Verfügung gestellt werden sollen. Herr Stözen hat seinen Antrag bereits in der Deputation vorgebracht, er ist

aber abgelehnt worden. Auch dort wurde Herr Stözen gefragt, zu welchem Zwecke der Betrag bewilligt werden sollte, und er hat uns das gleiche wie hier angegeben, daß er der Ansicht wäre, daß die beim Import von ausländischem Fleisch entstehenden Spesen, die Kosten für Fracht, Zoll und dergleichen, auf Konto des Staates genommen werden sollen, so daß das Fleisch wesentlich billiger verkauft werden könne. Dem mußten wir widersprechen, und aus diesem Grunde ist auch die Ablehnung des Antrages Stözen erfolgt. Ob wir damit die Sache etwas verkleiden, bemänteln, den Betrag als für den Import ausländischen Fleisches ausgeworfen bezeichnen und so die Unkosten hinterher verschwinden lassen, oder ob wir in irgend einer sonstigen Weise den Betrag direkt zuschießen, um eine Verbilligung des Fleisches zu erreichen, das ist schließlich vollständig gleichgültig. (Sehr richtig!) es läuft auf das selbe hinaus. Eine Veranlassung für den Staat, jetzt einzuschreiten und aus Mitteln der Allgemeinheit erhebliche Beträge zu geben, um das Fleisch zu verbilligen, liegt nicht vor, und ich möchte auch dringend abraten, einen solchen Schritt zu unternehmen. Es ist zutreffend behauptet worden, daß die jetzt vorgeschlagenen Mittel nur Palliativmittel seien. Es sind aber diejenigen Mittel, die im Augenblick zu ergreifen sind, um eine Vinderung der Fleischsteuerung und der dadurch hervorgerufenen Notlage für weite Kreise der Bevölkerung zu schaffen, und ich hoffe, daß, wenn die billigen Fleischtage weiterhin so stark besucht werden wie der heutige erste Fleischtag nach den mir gewordenen Mitteilungen, und wenn seitens der Fleischermeister, wie ich annehme, der Vertrag überall loyal erfüllt wird, manche Arbeiterfrau mit etwas größerem Wohlwollen diese Maßnahme beurteilen wird, als dies heute von Seiten des Herrn Stözen geschehen ist. (Beifall.)

Herr Henke: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist jedenfalls ein sehr erfreulicher Fortschritt in der Behandlung der vorliegenden Frage zu verzeichnen. Wenn wir uns daran erinnern, welche Beurteilung die ersten Vorschläge, die wir hier gemacht haben, gefunden haben im Vergleich mit dem, was heute vorliegt, so ergibt sich ein sehr bedeutender Fortschritt in der Erkenntnis vieler Herren, insbesondere der Rechten. Die Deputation für eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln hat sich zweifellos diese Erkenntnis verschafft durch ein eindringliches Studium der vorliegenden Frage. Sie hat dieselben Wahrnehmungen machen müssen, wie wir Sozialdemokraten sie schon längst gemacht haben. Das, was die Deputation jetzt empfiehlt, ist ja eigentlich das, was wir der Deputation schon bei der ersten Verhandlung vorgeschlagen haben. Und wenn die Deputation trotzdem manches, was wir damals vorgeschlagen haben, nicht akzeptiert hat, so liegt das daran, daß die Erkenntnis der Herren langsam fortschreitet.

Ich kann Herrn Hagemeyer und auch dem Herrn Senator nicht zustimmen, daß es nicht richtig sei, heute dänisches Fleisch einzuführen. In dem Bericht wird auf die dänischen Fleischpreise verwiesen, und Herr Senator Feuß hat darüber amtliche Ziffern gegeben. Anscheinend ist das ein wichtiges Argument. Ich glaube aber, das Argument schrumpft einigermaßen in sich zusammen dadurch, daß die Ziffern von der Fleischerinnung stammen. Die Herren werden nach meiner Ueberzeugung die Sache ganz anders beurteilen, wie wir und wie die Deputation sie hätte beurteilen sollen. Ich kann auf ein derartiges Urteil nicht viel geben. Die Auskunft der Fleischermeister in solchen Fragen ist für mich so wenig wertvoll wie die Auskunft, die Herr Senator Feuß seinerzeit bei Landräten in der Umgegend von Bremen eingefordert hat über eine etwaige Vieh- und Fleischnot im Jahre 1912. Die Herren Landräte haben sich damals sehr bereitwillig gezeigt, zu konstatieren, daß es höchstwahrscheinlich im nächsten Jahre keine Vieh- und Fleischnot mehr geben werde. Teilweise lauteten die Antworten noch bestimmter. Der Herr Senator hatte sich eben an falscher Stelle erkundigt: er hatte sich bei Agrariern erkundigt — durch die Bank sind die preußischen Landräte Agrarier. Wenn man sich bei Agrariern nach der Vieh- und Fleischproduktion erkundigt, wird man immer eine günstige Antwort bekommen, davon bin ich überzeugt. In diesem Falle war es ein Fehler, der von seiten der Deputation und des Herrn Senators Feuß gemacht worden ist. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß die Wege, die zu beschreiten sind, um sich zu unterrichten über das, was die Deputation zu tun hat, einstweilen noch gefunden werden müssen, und insofern hat Herr Senator Feuß vollkommen recht: wenn man Maßnahmen ergreifen will, um der Not vorzubeugen oder sie zu mildern, dann ist es zuerst ein Tasten. Gewiß, aber man muß doch weitergehen. Das tun wir leider nicht. Wir haben leider nicht einmal eine Statistik, eine genügende Grundlage für die Beurteilung der Preise. Deswegen schrieben neulich zwei Nationalökonomien in den „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung“ (Band I, 4. und 5. Heft):

In einem Zeitalter, in dem die Naturwissenschaften der Präzision ihrer Meßinstrumente die höchsten Erfolge verdanken, liegt die Messung wirtschaftlicher Vorgänge tief im argen. Politische und wirtschaftliche Sonderinteressen haben sich vielfach der Statistik der Preise bemächtigt. Neben geflüchteter Irreführung begegnet man auf diesem Gebiete vielfach der größten Unkenntnis der statistischen Technik.

Ich bin geneigt, anzunehmen, daß die Preise, die Herr Senator Feuß heute genannt hat, sich aus Dänemark hat melden lassen, zum großen Teile zurückzuführen sind auf eine Statistik, auf die wir uns nicht verlassen dürfen. Das braucht kein Betrug zu sein,

den man damit ausübt, es braucht keine beabsichtigte Irreführung zu sein, die man mit der Statistik vornimmt, keine Fälschung: die Einschätzung der verschiedenen Faktoren durch Interessenten kann zu solchen falschen Resultaten führen. Das eine ist allerdings ohne weiteres anzuerkennen, was Herr Senator Feuß sagt, daß die ungeheure Nachfrage aus Deutschland nach dänischem Fleisch eine Steigerung der Fleischpreise in Dänemark zur Folge haben mußte. Aber wenn Herr Feuß hinzufügte, daß, wenn wir im September dänisches Fleisch bezogen hätten, es wahrscheinlich beinahe so teuer in Bremen hätte bezahlt werden müssen wie gutes deutsches Fleisch, da ziehe ich einen andern Schluß, als der Herr Senator ihn gezogen hat. Ich sage: daraus sehen wir, wie falsch es war im vorigen Jahre, als wir unsere Vorschläge machten, und ebenso im Anfang dieses Jahres wie groß der Fehler war, daß die Deputation unsere Vorschläge nicht beachtete. Man sagte damals, es handele sich nur um Zeitungsgeheiß der Sozialdemokraten, das sich auf nichts stütze. Damals wurden unsere Vorschläge und Darstellungen für unrichtig erklärt. Jetzt muß man zugeben, daß unsere Darstellungen und unsere Auffassung bezüglich der bestehenden Vieh- und Fleischnot richtig waren! man muß jetzt zugeben, daß die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse den Herren unrecht gegeben hat. Man hätte Anfang dieses Jahres oder Ende des vorigen Jahres erkennen müssen, daß zweifellos eine Fleischteuerung in Aussicht stand. Weil im vorigen Jahre eine ungeheure Dürre und ein ungeheurer Mangel an Futtermitteln bestand, trotzdem aber der Zoll auf Futtermittel nicht aufgehoben oder erniedrigt wurde, war es für jeden Menschen, der sich für die Frage interessiert, der sich mit ihr beschäftigt (und das muß man doch auch von jedem Bürgerschaftsmitglied verlangen), sicher, daß eine Fleischteuerung kommen würde. Damals wurde das aber bestritten. Wir haben das damals richtig erkannt, und auch Sie hätten es erkennen müssen. Ich habe damals hingewiesen auf Blätter wie die „Kölnische Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, die „Vossische Zeitung“, auf bürgerliche Zeitungen, die Fachleute zu Mitarbeitern haben, Fachleute mit nationalökonomischer Bildung, die folglich in der Lage sind, die betreffenden Fragen zu prüfen. Wenn von diesen Leuten in jenen Zeitungen Artikel erschienen sind mit der Ueberschrift „Die Teuerung“, und wir das, was da geschrieben war, zu Vorschlägen verdichtet haben, dann hätten Sie das mehr würdigen sollen. Ich habe gegen Sie den Vorwurf zu erheben, daß Sie damals leichtfertig über die Tatsachen hinweggegangen sind.

Das ist in fast allen Kommunen der Fall gewesen, die so gehandelt haben, wie die bremische. Es haben aber glücklicherweise nicht alle Städte so gehandelt. Es haben, wie ich schon nach einer flüchtigen Zusammenstellung konstatieren konnte, über 70 Städte bereits im Vorjahre sich mit der Beschaffung von Lebens-

mitteln befaßt. Da hat es mich eigentümlich berührt, als ich von Herrn Senator Biermann hörte, daß zur Hergabe von öffentlichen Mitteln zwecks Herabsetzung der Fleischpreise kein Anlaß vorliege. Das erinnerte an einen Bureaukraten, der in seinem Büro sitzt und nicht wahrnimmt, wie sich draußen die Dinge entwickeln. Ich will Herrn Senator Biermann nicht zu nahe treten, aber wenn er sich hinstellt und sagt, es sei kein Anlaß, dann wird er damit wenige überzeugen. Gerade in einer Stadt, die einen bedeutenden Bestand an Industriebevölkerung und die einen bedeutenden jährlichen Zuwachs von Industriearbeitern hat, in einer Stadt, in der der Wohlstand der herrschenden Klassen in erster Linie der Arbeiterschaft zu danken ist, darf der Herr Senator sicher sein, daß ein großer Anlaß vorliegt, die Ernährung der Industriearbeiter zu verbessern. Wegen der großen Bedeutung der deutschen Arbeiter ist es durchaus nötig, sich um deren Ernährung zu kümmern, und wenn Herr Direktor Böhmert sagt, daß die Kommunen sich in steigendem Maße mit der Beschaffung von Lebensmitteln zu befassen haben, so ist das allerdings richtig. Es ist zweifellos, wenn wir den sogenannten „nationalen Wohlstand“ sicher stellen wollen, daß wir uns auch um die Ernährung der Arbeiter kümmern müssen. Herr Hormann hat richtig gesagt, daß der Fleischverbrauch in Deutschland, abgesehen von der Teuerung, noch nicht so ist, wie er sein soll. Allerdings, das ist er lange nicht. Es ist vom Reichs-Gesundheitsamte gefordert worden, daß, wenn ich nicht irre, im Minimum 57 Kilogramm bestes Rindfleisch pro Kopf der Bevölkerung im Jahre konsumiert werden sollen. Bis soweit sind wir noch lange nicht gekommen. Es kommt hinzu, daß anstelle des guten Rindfleisches ohne „Beilagen“ immer mehr das minderwertige Schweinefleisch getreten ist. Also wenn der Konsum an Fleisch auch gestiegen ist, so wissen wir doch noch nicht, ob eine Verbesserung der Fleischnahrung eingetreten ist, sondern wenn wir es genau betrachten, so ist das eine Verschiebung und eine Verschlechterung, weil diese minderwertigere Fleischsorte, die an die Stelle einer besseren getreten ist. Zu einer Zeit, wo die Geburten zurückgehen, obendrein in der Zeit des Imperialismus, haben Sie, die Sie den herrschenden Klassen angehören, auch aus Gründen des Militarismus einen außerordentlich dringenden Anlaß, sich um die Ernährung der Arbeiter zu kümmern. Es muß daher immer wieder betont werden, wenn Sie leichten Herzens aus öffentlichen Mitteln 25 000 M für einen einzelnen Beamten bewilligen, dann muß es auch eine Kleinigkeit sein, im Interesse der Allgemeinheit 20 000 M zu bewilligen zu Zwecken, die in der Deputation näher erörtert und beesehen werden können. Wenn mein Freund Stözen auch nicht gleich den Zweck genannt hat, wofür die 20 000 M verwendet werden sollen, so ist es doch nicht so, daß wir diese Zwecke nicht kennen und nicht nennen könnten. Die

können in der Deputation genannt werden und dort kann auch darüber beraten werden. Das können wir hier nicht. Sie können aber deshalb ruhig unsern Antrag annehmen. Sie würden, wenn Sie das nicht täten, sich selbst eine Rute binden, mit der dann jedenfalls sehr oft ein Teil Ihres Körpers getroffen würde, den Sie genau kennen. Herr Senator Biermann, ich muß es nochmals sagen, betrachtete die ganze Frage nicht mit dem Ernste, mit dem sie betrachtet werden muß. (Glocke.)

Präsident: Herr Henke, Sie dürfen dem Herrn Senatskommissar nicht den Vorwurf machen, daß er eine Sache nicht mit dem Ernste behandle, mit dem sie behandelt werden muß.

Herr Henke: Wenn Sie mich hätten ausreden lassen, dann würden Sie gefunden haben, daß ich etwas sagen wollte, ungefähr . . . (Lachen.) Lassen Sie mich doch ausreden. Ich will Ihnen den Beweis liefern, daß ich nicht das sagen wollte, was Sie meinen. Ich wollte sagen, Herr Senator Biermann habe nicht mit dem genügendem Ernste die ganze Sache erfaßt, weil er nicht über die dazu nötigen Kenntnisse verfügt, das hat er hier und in der Deputation bewiesen. Ich erlaube mir, so unbescheiden zu sein, zu behaupten, daß ein Mann, der als Redakteur im öffentlichen Leben steht, der gezwungen ist, in der Gewerkschafts- oder in der Arbeiterbewegung diese Fragen zu studieren, oder der auch nur wie Herr Kunoth Zuschriften bekommt (Zuruf von Herrn Kunoth: Aber vernünftige!), mehr Einblick in die Lage und in die Bedürfnisse der Bevölkerung hat, als Herr Senator Biermann in der Lage war, zu bekunden. Ich meine, das ist kein Vorwurf, durch den ich Herrn Senator Biermann in der Achtung anderer herabsetze, sondern ein Vorwurf, der sich im allgemeinen gegen die politische und wirtschaftliche Bildung der Kaufmannschaft richtet, und den Vorwurf muß ich aufrecht erhalten.

Präsident: Ich muß aber dabei bleiben, daß Sie dem Herrn Senatskommissar nicht vorwerfen dürfen, daß er die Sache nicht mit dem nötigen Ernste behandle.

Herr Henke: Dann verstehen wir uns nicht. Herr Hagemeyer hat dann gesagt, daß die Deputation, als sie mit der Fleischerinnung in Verhandlung getreten sei, bei dieser das größte Sachverständnis gefunden habe, und Herr Senator Biermann hat das nochmals unterstrichen. Ja, warum sollte die Fleischerinnung denn auch nicht freundlich entgegenkommen, wenn sie mit Ihnen ein Geschäft abschließt. Ich möchte Herrn Hagemeyer und Herrn Senator Biermann — Hand aufs Herz — fragen, ob sie Leuten, wie den Herren der Schlachterinnung zutrauen, daß sie sich auf unbestimmte Zeit hin binden, wenn sie nach Monaten bemerken müssen, daß sie ein erheb-

liches Defizit gemacht haben werden — das gedenken sie doch ganz sicher nicht zu machen. Die Fleischerinnung hat sich gesagt, wir können den Vertrag mit der Deputation abschließen, denn damit werden wir auf unsere Rechnung kommen. Herr Senator Biermann meinte, wir hätten die Herren verdächtigen wollen und da hat der Herr Senator geglaubt, die Herren in Schutz nehmen zu müssen. Aber dergleichen ist uns gar nicht eingefallen. Ich möchte dem Herrn Senator aber empfehlen, recht aufmerksam die Bürgerzeitung zu lesen; hätte er das getan, dann hätte er gestern im Inseratenteil gelesen, daß 44 Schlächter in der westlichen Vorstadt nicht nur am Mittwoch, sondern auch an jedem andern Tage der Woche dasselbe Fleisch zu den gleichen Preisen verkaufen, wie die übrigen Schlächter an nur einem Tage verkaufen wollen. Damit ist die Frage gelöst, die Herrn Senator Biermann so bedrückt, wie er es wohl anzustellen habe, einen günstigen Tag für den billigen Verkauf ausfindig zu machen. Lassen Sie doch die Schlächtermeister aus der Innung mit ihrem Fleisch und der Beilage und wenden Sie sich an die Schlächter aus der westlichen Vorstadt. Und wenn Ihnen die nicht genügen, dann glaube ich, daß diese noch in den übrigen Teilen der Stadt solche Schlächter finden, die Rindfleisch mit Beilage mit 80 \mathcal{L} verkaufen. Ich bin überzeugt, Sie schaffen noch einige. Ich bin, wie jeder Mensch, verpflichtet, von einem andern Menschen ohne Grund nichts Schlechtes anzunehmen und vor allen Dingen nichts Böses, das gegen die Wahrheit verstößt; aber ich bin nicht verpflichtet, von einem Geschäftsmanne anzunehmen, daß er in gleicher Weise rücksichtsvoll gegen die Konsumenten handelt. Zwischen einem Geschäftsmanne und andern Menschen mache ich einen Unterschied. Wenn jemand ein Geschäft machen will, dann läßt er dabei geschäftliche Grundsätze maßgebend sein. Wir haben erst neulich gehört, daß beim Getreidehandel Schmutz als Gerste verkauft wird. (Zuruf: So'n Rindvieh gibt es ja gar nicht!) Diese Beilage der Fleischer, die gegeben werden soll, ist doch eine sehr verdächtige Beilage. Ich habe von einem Sachverständigen gehört, daß ein Ochse, der 700 Pfund Schlachtgewicht hat, auch 100 Pfund Knochen im Leibe hat. Herr Senator Biermann sagt, mit der Beilage sei nichts anderes gedacht, als den ganzen Organismus des Tieres nützlich zu verwenden. Das geschieht nun aber zum Nutzen der Schlächter zumeist, nicht der Konsumenten. Wir müssen zur Ablehnung dieses Vertrages kommen, weil wir den Meistern der Schlächterinnung schlechthin nicht trauen und wegen der verdächtigen Beilage erst recht nicht trauen. Wer sind denn diese Schlächtermeister? Sind es Leute, die aus warmem Herzen solche billigen Fleischtage einrichten wollen? Es sind dieselben Herren, die im vorigen Jahre ihren Gesellen nicht das geringste Zugeständnis machen wollten, es sind die Herren, denen gegenüber erst der Boykott in Anwendung kommen mußte und

denen gegenüber die Arbeiter das größte Mißtrauen haben. Und wenn sie mit Engelzungen erklären wollten, daß sie sich geändert hätten, dann findet das bei uns keinen Glauben. Diese Beilage ist so verdächtig, daß wir deswegen den Vertrag ablehnen, auch deshalb, weil eine Reihe Schlächtermeister sich bereit erklärt haben, das Fleisch mit Beilage an jedem Tage zu verkaufen. Herr Senator Biermann hat gesagt, es sei von Sachverständigen versichert worden, daß bei der gegenwärtigen Witterung das Fleisch sich mehrere Tage halte. Das soll wohl heißen, wenn man vier Pfund kauft, so halten sie sich die ganze Woche. Ich glaube, daß Herr Senator Biermann den Braten verschmähen würde, der einige Tage gestanden oder das Fleisch verschmähen würde, das einige Tage gelegen hat. Es ist etwas anderes, ob die Schlächtermeister das Fleisch im Eischranke aufbewahren oder Arbeiter, kleine Beamte und andere kleine Leute, die in dürftigen Verhältnissen leben. Da sind die Temperatur- und Luftverhältnisse in den Wohnungen andere, wie im Schlächterladen und im Eischranke. Also es ist nicht richtig, was die Sachverständigen gesagt haben von ihren Verhältnissen aus.

Herr Direktor Böhmert sagt, wir können den Schlächtern nicht zumuten, daß sie ein schlechtes Geschäft machen. Ganz recht, das wollen wir auch nicht. Deshalb ist auch der Vertrag so, daß sie ein gutes Geschäft dabei machen. Wir werden immer die Erfahrung machen, daß eine große Reihe von Geschäftsleuten ein gutes Geschäft machen wollen, wenn schlechte Zeiten sind und die Gemeinde, der Staat oder die Wohltätigkeit eingreifen. Meine Herren! Viele sind dazu gar nicht in der Lage.

Herr Dr. Böhmert meinte, daß auf der Freibank noch Fleisch sei, das verkauft werden könne. Dem hat Herr Senator Feuß widersprochen. Ich habe gehört, daß nicht viel Fleisch vorrätig ist, daß aber viel vorrätig war, als, wie der Bericht der Schlachthofdeputation vom vorigen Jahre meldet, auf der Freibank das Fleisch von nicht weniger als 1700 pestkranken Schweinen verkauft wurde. Herr Dr. Apelt hat gemeint, daß der Geschmack im deutschen Volke vielleicht anders als in England sei. Wenn es aber Menschen gibt, die pestkranken Schweine verzehren und sich nicht daran stoßen, dann wird man auch zugeben, daß keine Gefahr bei der Einfuhr von auswärtigem Fleisch besteht, daß dieses nicht nach dem Geschmack des deutschen Volkes wäre.

Herr Senator Feuß hat erwartet, daß hier eine Fülle von Anregungen für die Deputation gegeben werden würde. Das konnte vielleicht erwartet werden, weil in der Deputation keine solche Anregungen gekommen sind, da sie aus sich selbst heraus solche Anregungen nicht machen konnte. Hier in der Bürgerschaft brauchen aber solche Anregungen nicht gegeben zu werden in diesem Zeitpunkt. Wir haben über die uns vorliegende Vorlage zu beschließen, und im übrigen

haben wir weitere Vorschläge der Deputation abzuwarten. Warten wir diese Vorschläge ab. Aber ich bin der Meinung, daß wir bereits das hätten machen können, was Dresden, Berlin, eine ganze Anzahl preussischer Städte gemacht haben, auch wir hätten bereits dänisches Fleisch einführen können. Ich bin da anderer Ansicht als Herr Senator Feuß und meine, daß das doch eine Wirkung auf unsere Fleischpreise hervorgerufen hätte. In Dresden hat man dadurch erreicht, daß die Preise für Fleisch allgemein heruntergegangen sind, und ich glaube, daß das auch in Bremen möglich wäre. Im übrigen wissen wir noch nicht, ob die Fleischpreise nicht schon in der nächsten Zeit trotz des Entgegenkommens der Fleischerinnung noch weiter steigen werden.

Herr Senator Feuß meinte, in Halle sei es bewiesen, welche Art von Vorschlägen oft gemacht und daß diese Vorschläge oft sehr wenig bedacht würden. Es seien dort in einem Antrage 200 000 *M* gefordert, wofür an Leute, deren Einkommen bis 2400 *M* beträgt, billiges Fleisch geliefert werden sollte. Ist es denn aber wirklich notwendig, daß ein so genauer Nachweis gefordert wird, wie es sich Herr Senator Feuß vorstellt? Herr Senator Feuß hat da mehr gesprochen als Verwalter des Armenwesens, denn als Senator, der eine Verbilligung der Fleischnahrung mit herbeiführen soll. Es brauchte doch nicht genau darauf gesehen werden, ob der Käufer wirklich nur bis 2400 *M* Einkommen hat, man könnte das Fleisch auch ruhig abgeben an Leute, sagen wir, die 2600 oder 3000 *M* verdienen; wenn auch die billiges Fleisch erhalten, werden sie daran nicht sterben. Ich wüßte freilich nicht, warum die Leute nicht ihre Steuerquittung vorlegen sollten. Sie würden es sehr gern tun, wenn sie dann billiges Fleisch erhalten. Die Sache ist also nicht so schwierig.

Solche Hilfe muß aber sofort beschafft werden, darauf kommt es an. In Bremen kommen wir immer viel zu spät mit der Erledigung solcher Fragen, aus dem Grunde, weil man hier immer glaubt, erst abwarten zu müssen, was andere Städte tun. Es ist das hier eine alte Gepflogenheit: abwarten und immer abwarten. Das haben wir neulich auch bei der Frage der Totenbestattung gesehen. Da meinte Herr Runoth: Abwarten, was andere deutsche Städte machen! Wir warten immer ab, um erst zu sehen, was andere Städte tun, und dabei schöpfen andere das Fett von der Suppe und Bremen nimmt den Spülicht. Das haben wir schon verschiedentlich erfahren.

Herr Runoth sagte, man müsse einmal etwas tun, damit dem kleinen Manne mehr ermöglicht werde, Schweine zu mästen. Das Schwein des kleinen Mannes spielt jetzt eine ebenso große Rolle wie das eigene Haus des kleinen Mannes früher. Davon ist es jetzt still geworden. (Zuruf: Bewahre!) Wir stehen aber in Bremen in einer Entwicklung, die es einfach verbietet, Schweinemästerei in größerem Um-

fange durch Arbeiter zu treiben. Ja, wenn man in Arsten, Habenhausen oder in einem anderen Vorort Bremens wohnt, mag es vielleicht möglich sein, wenn aber ein Arbeiter in einer Etage wohnt, im Souterrain, in einer Dachkammer — und die Arbeiter wohnen meist in solchen Wohnungen — dann kann doch von einer Schweinehaltung nicht die Rede sein. Dazu kommen noch die Preise für die Futtermittel. Herr Depken wird es mir voraussichtlich bestätigen können. Wir haben im vorigen Jahre so hohe Gerstenmehlpreise gehabt, daß die Arbeiter sehr schlecht dabei fahren, wenn sie ein Schwein aufzogen. Und wenn dem Arbeiter das Schwein krepirt, vielleicht an der Schweinepest, dann verliert er noch das kleine Kapital, das er in das Schwein gesteckt hat. Die Versicherung hält ihn dann nicht völlig schadlos. Bei der Schweinemästerei trägt der Arbeiter ein viel größeres Risiko als ein Mann, der einige hundert Schweine hat. Das sind alles Gründe, die es von selbst verbieten, daß der kleine Mann ein Schwein für seinen Hausbedarf mästet. Das sind Vorstellungen, die Herr Runoth nicht mehr haben wird, wenn er selbst einen Anfang mit der Schweinemästerei gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich bin ja fest davon überzeugt, daß das nicht eintritt, er verläßt sich lieber auf Zuschriften. Er sollte aber eigene Erfahrungen vorziehen und versuchen, neben seiner Wohnung am Osterdeich einen Schweinestall zu errichten, vielleicht, daß er dann günstigere Ergebnisse erzielt als die kleinen Schweinemäster. Ich glaube das aber kaum.

Herr Senator Biermann hat gemeint, daß heute ein günstiger Erfolg mit den billigen Preisen zu verzeichnen sei und daß der günstige Erfolg anhalten werde. Nun, es handelt sich um eine neue Sache, und die hat zunächst eine Menge von Neugierigen angezogen. Es ist auch möglich, daß einige Schlachtermäster klugerweise die Sache nicht übertrieben, nicht einen zu hohen Gewinn daraus gezogen haben. Sie werden es aber schon tun, sobald sich die Gelegenheit bietet. Herr Senator Feuß meinte zwar, daß eine Kontrolle stattfinde, und solche Schlachtermäster würden dann einfach von dem Vertrage ausgeschlossen werden. Das ist aber gar kein Schreckmittel, nachdem die 44 Schlachter in der westlichen Vorstadt sich bereit erklärt haben, das Fleisch ebenso billig zu verkaufen, und die wollen auch noch ihr Geschäft machen.

Ich bin fest überzeugt, daß die eingehende Erörterung der Frage der Fleischteuerung das eine Gute hat, daß schon ein außerordentlicher Fortschritt in der Erkenntnis der Dinge wahrzunehmen ist; daß sie uns zeigt, was auf dem Gebiet der Ernährung der großen Masse des Volkes noch zu tun ist und daß darin den Kommunen eine große Aufgabe zufällt. Ich bin mit Herrn Runoth und anderen der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung, die ja ungefähr ein und dasselbe sind, nur agrarischen Interessen dienen und daß sie nur insofern Vorschlägen sympathisch

gegenüber stehen, wenn diese den Agrariern Nutzen bringen. Die Kommunen sollen die Regelung der Fleisch- und Lebensmittelfrage in die Hand nehmen, schlagen sie vor. Das klingt verdächtig, wenn das vorgeschlagen wird von einer Stelle, die so leicht eine Verbilligung der Volksernährung ermöglichen könnte. Auf der anderen Seite muß aber gesagt werden, daß die Aufgaben der Kommunen in dem Maße, wie die Bevölkerung der Städte wächst, immer schwieriger werden, sie müssen allerdings dafür sorgen, mehr und mehr auch Lebensmittel zu beschaffen. Das ist eine höchst wichtige Aufgabe der Kommunen und liegt durchaus im Interesse der Allgemeinheit, die ihre sozialen und hygienischen Vorteile darin sehen muß, für eine möglichst gute Ernährung der Bevölkerung zu sorgen. Ich bin fest überzeugt, daß uns diese Aufgabe ersteht, und bin weiter der Ueberzeugung, daß wir uns noch sehr oft mit der Frage beschäftigen, noch sehr oft die Frage erörtern müssen. Ich hoffe, daß wir uns dabei gegenseitig immer besser verstehen lernen. Dann hoffe ich, daß die Deputation uns demnächst mit Vorschlägen kommen wird, die beweisen, daß sie in der Erkenntnis der Sache Fortschritte gemacht hat, was noch ein Beweis sein würde, daß es — — — (Zurufe.) Sie wünschen vielleicht, daß ich nichts sage? (Zuruf des Herrn Stüchthaus.) Für Sie als Schornsteinfegermeister ist das allerdings nicht nötig, Ihr Einkommen ist hoch genug.

Präsident: Ich bitte, keine persönlichen Bemerkungen zu machen.

Herr Henke: Auf eine Tatsache möchte ich noch hinweisen. Auch in bürgerlichen Kreisen ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Sache alle Kräfte in Anspruch nehmen muß, daß sie das größte Interesse erfordert. In dem „Tag“ vom 28. Oktober 1911 schreibt ein Herr Lachner aus Wiesbaden:

Bei uns ist das Studium der Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere wissenschaftlich und praktisch in vortrefflicher Weise in die Wege geleitet worden; recht stiefmütterlich hingegen verhalten sich Staat und Parlamente zu der doch ebenso (!) wichtigen Frage der Nahrungszufuhr beim Menschen.

Das ist die einfache Erkenntnis, die der Herr durch das Studium der Verhältnisse gewonnen hat. Und diese Erkenntnis wird auch bei Ihnen weiter vordringen, und hoffentlich werden Sie es dann besser verstehen als jetzt, wenn wir mit Anträgen kommen, die der Allgemeinheit zum Nutzen dienen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Zum Worte angeschrieben sind noch die Herren Krome, Depken, Sonnet, Kunoth, Stözen, Dr. Böhmert, Sanders, Hormann.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Es melden sich verschiedene Herren zum Worte über den Schluß.

Präsident: Herr Kunoth, wollen Sie für oder gegen den Schluß sprechen? (Herr Kunoth: Gegen.) Herr Stözen? (Herr Stözen: Gegen.) Herr Dr. Böhmert: (Herr Dr. Böhmert: Gegen.) Herr Krome? (Herr Krome: Gegen.) Sie können das Wort nicht mehr erhalten, es können nur drei Herren für und drei Herren gegen den Schluß sprechen. Herr Henke? (Herr Henke: Gegen.) Herr Hormann? (Herr Hormann: Gegen.)

Herr Kunoth: Nachdem eine ganze Reihe neuer Punkte in die Debatte getragen sind und nachdem Herr Henke fast eine Stunde lang gesprochen und uns auch über Schweinehaltung unterhalten hat, muß doch Gelegenheit gegeben werden, darauf zu antworten, wenigstens in einigen Punkten. Auch möchte ich Herrn Henke sagen, daß er selbst sich ganz besonders gut beim Schweinestall beschäftigen könnte. (Große Heiterkeit.)

Herr Stözen: Ich möchte bitten, den Schlußantrag abzulehnen. Ich hätte noch einige Ausführungen zu machen. Der Vertrag, der mit der Fleischerimmung abgeschlossen ist, enthält nichts darüber, was Herr Senator Feuß anführte wegen des Aufsichtsrechtes — —

Präsident: Bitte, über den Schluß.

Herr Stözen: Ich wollte zur Begründung angeben, was ich noch zu dem Vertrag zu sagen hätte. Außerdem bestehen sehr viele Bedenken gegen den Schluß, und kein einziges der für den Schluß vorzubringenden Argumente kann ausschlaggebend sein. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Herr Dr. Böhmert: Ich bitte, den Schlußantrag abzulehnen, um auch noch anderen Herren Gelegenheit zu geben, auf die Ausführungen des Herrn Henke einiges zu erwidern. Hinzukommt, daß Herr Senator Feuß mich mißverstanden hat und daß ich das richtigstellen möchte. Endlich weise ich darauf hin, daß der heutige Abend doch schon angebrochen ist und daß wir daher meines Erachtens diesen Gegenstand noch erledigen können.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Krome: Es ist immer schwer, in eigener Angelegenheit hier das Wort zu nehmen und um so schwerer, wenn über das Fleischergewerbe gesprochen wird. Ich will mich nicht so sehr darüber verbreiten. Der Herr Senatskommissar hat im großen und ganzen ausgeführt, was ich über diese Angelegenheit wohl hätte sagen können. Ich möchte aber noch auf einige

Behauptungen und Ausführungen, die hier gemacht sind, zu sprechen kommen, auch auf den Antrag von Herrn Kunoth. Herr Henke hat in seiner langen Rede so viel gegen das Fleischnegewerbe gesagt, daß ich davon absehen will, darauf zu erwidern. Das einzige, was ich darüber sagen möchte ist: Er zieht die 40 Fleischnegeschäfte heran, die sich in der „Bürgerzeitung“ erbieten, Tag für Tag diese billigen Fleischtage zu halten. Das sind zum größten Teil die Herren, die bei einer anderen Frage im vorigen Jahre der Sozialdemokratie Folge geleistet haben. Diese Herren steigen auch heute auf, um dem Fleischnegewerbe Schwierigkeiten zu machen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Geschäfte es nicht auf Kosten der Qualität tun. (Unruhe. Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!) Herr Stören kann nicht über die Beilage kommen. Die ist manchmal nicht geläufig. Der Verkauf mit Beilage ist bei uns nicht üblich. Im Oberlande, bei Hannover anfangend, kennt man keinen andern Verkauf. Der Verkauf mit Beilage ist ein Ausgleich von denjenigen Knochen, die sich in und an einem Tiere befinden, und wenn man einen Ausgleich finden will, dann muß man sie verteilen auf die Stücke, die weniger Knochen enthalten. Ich weiß nicht, ob Sie mich darin verstehen, ich kann es nicht deutlicher sagen. Abweichungen in den einzelnen Stücken von 30 und 40 kg werden nicht vorkommen, sondern die weniger Knochen enthaltenden Stücke werden durch Teile ausgeglichen, worin mehr Knochen sind. Die Herren, die heute an dem Verkaufe teilgenommen haben, werden sich ein Bild davon gemacht haben. — Herr Dr. Böhmert berührte die Freibankangelegenheit, wobei er annimmt, daß viel Fleisch da war, was man nicht los werden konnte. Der Bericht der Schlachthofdeputation wird Ihnen demnächst zugehen, aus dem Sie das Nähere darüber erfahren werden. Eins möchte ich sagen, daß nämlich seit längerer Zeit kein Fleisch da war, was nicht verkauft wurde. Im Sommer vorigen Jahres, als viele kleine Schweine angebracht wurden, die seucheverdächtig waren, entstand ein Ueberschuß am Fleisch. Dieses Fleisch ist aber an der Freibank hinterher verkauft worden. Wie Sie aus den Ausführungen von Herrn Henke heraus hören konnten, hatte es den Anschein, als ob auf der Freibank Fleisch von schwer kranken Schweinen verkauft würde. So etwas geschieht nicht. Nur wenn die Fleischschau feststellt, daß das Fleisch genußtauglich ist, dann wird das Fleisch auf der Freibank verkauft, sonst nicht.

Was den Antrag von Herrn Kunoth anbetrifft, der eine Milderung des Fleischbeschaugesetzes bezüglich des § 12 haben will, so hat der Städtetag in Köln angeblich beantragt, den § 12 aufzuheben. Das würde gleichbedeutend sein mit der ganzen Aufhebung der Fleischschau; dann könnten wir ruhig die öffentlichen Schlachthöfe schließen, denn dieselben Bestimmungen,

die für auswärtiges Fleisch gelten, gelten auch für hiesiges Fleisch bei der Untersuchung. Herr Kunoth geht natürlich nicht so weit, wie der Städtetag, sondern er will Milderungen haben. Der § 12 schreibt genau vor — es ist einer der wichtigsten Paragraphen im Fleischbeschaugesetz — welche Organe und wie und wo das Tier auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden soll, und da kommen unter andern äußeren Organen und sonstigen Teilen die Lymphdrüsen vor, die genau und intensiv untersucht werden sollen. Diese Lymphdrüsen sind auch im gestrohenen Fleisch vorhanden, aber da ist ihnen nicht beizukommen, denn das Fleisch ist so hart wie Holz. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, solches Fleisch zu sehen. Nun kann der Tierarzt den Drüsen nicht anders beikommen, als wenn er das Fleisch austaut. Eine Austauung der Organe in warmem Wasser ist möglich, aber man kann nicht das Fleisch hineinwerfen, dann ist es nicht zu verkaufen, es ist sozusagen unmöglich gemacht. Diese Milderung will Herr Kunoth haben, die Abstand davon nimmt, diese Drüsen zu untersuchen. Diese Lymphdrüsen geben aber die Gewißheit, ob das Tier tuberkulös ist oder nicht. Es ist also eine der schwerwiegendsten Fragen, die der Antrag von Herrn Kunoth übersehen wissen will. Ich will nicht gegen den Antrag des Herrn Kunoth stimmen, aber ich will mich der Stimme enthalten. Ich wollte der Bürgererschaft klarlegen, was der § 12 bedeutet. Würde sie ihn in dieser Weise ausschalten für vom Auslande geschlachtetes Vieh, dann würde sie Unrecht an der deutschen Landwirtschaft und an den deutschen Schlachtern tun. Dann erleiden diese einen bedeutenden Verlust durch die Fleischschau, die Fleischer durch die Vernichtung einzelner Teile, die Landwirtschaft durch Verlust von ganzen Tieren. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Man kann nicht verlangen, daß für andere die Fleischschau aufgehoben wird. So gern wir die Verbilligung dieses Artikels sehen, so kann man dieser Sache nicht zustimmen. Es ist vom Herrn Senatskommissar Feuß gesagt worden, wenn immer erneut solche Anträge kämen, so würde eine gewisse Ermüdung eintreten. Ich nehme an, daß die Bürgererschaft den Antrag des Herrn Kunoth annehmen wird. Ich werde mich der Abstimmung enthalten.

Es wird Schluß beantragt.

Rednerliste: Herren Depken, Sonnet, Kunoth, Stören, Dr. Böhmert, Sander, Hormann und Henke.

Ueber den Schluß:

Herr Dr. Böhmert: Ich glaube, einige tatsächliche Punkte müssen aufgeklärt werden, und ich bitte deshalb, den Schluß nicht zu belieben. Eine wichtige Frage ist zum Beispiel die der Preisbestimmung. Die halte ich für den Zentralpunkt in der Sache. Ohne

eine sichere Preisstellung können wir keine Organisation schaffen.

Dann möchte ich bemerken, daß ich nicht gemeint habe, wie Herr Senator Feuß angenommen hat, daß die Stadt selbst Fleisch kaufen und verkaufen soll. Ich habe vor acht Tagen bemerkt, daß ich es für richtig halte, daß die Stadt in bezug auf diesen Verkauf verhandelt.

Herr Hormann: Es handelt sich für uns heute darum, ob wir die Vorschläge, die uns von der Deputation gemacht sind, entweder annehmen oder ablehnen wollen, und ich glaube, darüber sind wir einig, was wir tun wollen. Es handelt sich aber nicht darum, nun eine Reihe allgemeiner Erörterungen folgen zu lassen. Ich meine, wir könnten den Schluß belieben und auf Grund dieser Maßnahmen, die getroffen werden sollen, einmal Erfahrungen sammeln. Es ist vorhin von tastenden Versuchen gesprochen. Ich möchte raten, daß wir sie machen.

Herr Kunoth: Ich meine, wir sollten den Schluß nicht belieben. Herr Dr. Böhmert hat recht, es muß den Herren Gelegenheit gegeben werden, sich zu verteidigen. Ich verstehe den Standpunkt von Herrn Hormann nicht.

Herr Stözen (zur Aufklärung des Tatsächlichen): Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in der Vorlage nichts enthalten ist darüber, daß eine Ueberwachung eingesetzt worden ist von der Deputation und von der Schlachterinnung. Darüber ist nichts in der Vorlage enthalten. Ferner möchte ich richtig stellen — — —

Präsident: Sie haben nicht das Wort zur Richtigstellung, sondern zur Aufklärung der Tatsachen.

Herr Stözen: Dann will ich aufklären, daß dieselbe Begründung wie heute abend in der Deputation gegeben ist. Ich habe die Erklärung abgegeben, daß die 20 000 M sein sollten für Transportkosten eventuell für Zölle. Dann habe ich auch ausgeführt, die Schlachter hätten ihren Kunden die Mitteilung gemacht, daß sie schon in der vorigen Woche keine Knochen mehr bekommen könnten.

Herr Notar Tebelmann: Wohl selten ist eine Materie so eingehend behandelt worden und ich glaube, neue Gesichtspunkte über die Sache selbst können nicht mehr vorgetragen werden. Was vorgetragen werden kann, sind persönliche Kontroversen über persönliche Äußerungen, und ich glaube, die schenken wir uns. Ich bitte dringend, den Schluß anzunehmen.

Der Schluß wird mit 36 gegen 34 Stimmen angenommen.

Herr Hagemeyer (Schlußwort): Herr Präsident! Meine Herren! Ehe ich auf den Antrag Stözen und

die Rede des Herrn Henke eingehe, habe ich zwei Sachen richtigzustellen. Herr Henke hat gesagt, daß 1700 pestverdächtige Schweine geschlachtet worden seien. Ich glaube, das erkennt Herr Henke selbst nicht für richtig an, und ich denke, daß es sich um ein Mißverständnis handelt.

Herr Stözen hat gesagt, daß in dem Bericht von dem Kontrollauschuß nicht die Rede sei. Gemeint ist der Steuerungsausschuß, der eingesetzt ist, um die Preise für den Fleisch- und Fischverkauf festzusetzen. Er hat selbstverständlich auch über die ganze Sache zu wachen.

Nun hat Herr Stözen beantragt, nach dem Beispiel anderer Städte 20 000 M zu bewilligen, und Herr Henke hat gesagt, daß andere Städte noch mehr bewilligt hätten. Der Antrag Stözen geht aber dahin, 20 000 M à fonds perdu zu bewilligen, während anderswo eine Summe bewilligt ist, die beim Verkauf des Fleisches wieder einkommt. Das ist ein kolossaler Unterschied. Herr Senator Biermann hat durchaus recht, wenn er sagt, die Zeit sei noch nicht derartig, daß sich eine solche Maßregel empfiehlt, einfach 20 000 M dafür zu bewilligen, daß für einen bestimmten Artikel beim Verkauf an die minderbemittelte Bevölkerung der Preis herabgesetzt werden kann. Die Konsequenzen einer solchen Maßnahme ließen sich nicht absehen, und das werden alle, außer den Sozialdemokraten, nicht wünschen.

Herr Henke hat die Sachkenntnis von Herrn Senator Biermann bemängelt. Ich kann sagen, daß wir uns alle gefreut haben, in der Deputation die Sachkenntnis des Herrn Senators Biermann, eines großen Arbeitgebers, gehabt zu haben. Ich meine, man könnte viel eher an der Sachkenntnis des Kollegen, des Genossen von Herrn Henke, zweifeln. Ich habe nach einigen Sitzungen einem Kollegen gesagt: Wir haben für die Arbeiter viel mehr getan als Herr Stözen! Manche Anregungen des Herrn Stözen haben wir erst für die Praxis ausgebildet, da man sie so nicht brauchen konnte, sie gar nicht zur Beratung kommen konnten.

Was den Vertrag mit den Schlachtern betrifft, so liegt es ja auf der Hand, daß den Schlachtern ein Defizit bei diesen billigen Fleischtagen nicht zuzumuten ist, und das ist auch nicht beabsichtigt. Wohl aber vertrauen wir ihnen, daß sie loyal die Vereinbarung halten und ohne Reingewinn arbeiten, daß sie, wie Herr Senator Biermann ausführte, den Vertrag fair und loyal halten. Ich kann mir nicht denken, daß die Schlachter, die in der „Bürger-Zeitung“ annonciert haben, die Absicht haben, den Vertrag so auszuführen, für 80 S ein Pfund Fleisch zu geben und zwar gutes Fleisch, Bratenfleisch usw. mit einbegriffen, inklusive Beilage. Auf dieser Basis ist die Vereinbarung mit der Schlachterinnung geschlossen. Von den Schlachtern, die in der „Bürger-Zeitung“ annonciert haben, werden aber wesentlich billigere Qualitäten geliefert. (Hört! Hört!) Die Herren vom Vorstand der Innung haben

uns Mitteilung von dem Vorgang gemacht. Wie uns berichtet ist, haben die Herren sofort den Vorsitzenden dieses Vereins der Schlachter in der westlichen Vorstadt kommen lassen:

Der Vorsitzende — so schreiben nun die Herren Borchers und Mollenhauer an mich — erklärte auf Befragen, daß hiermit nicht etwa die besseren Bratenstücke, sondern hauptsächlich nur Kochfleisch gemeint sei. Darauf erwiderten wir, daß dann der Verein bei seinen weiteren Annoncen den Wortlaut so wählen sollte, daß diese Absicht ganz klar daraus zu erkennen sei.

Der Wortlaut der Annonce deckt sich also nicht mit den Tatsachen. Die Annonce macht den Eindruck, als wenn die Schlachter, die bisher das Fleisch zu 1 *M.*, 1.10 *M.* und 1.20 *M.* verkauft haben, es jetzt für 80 *S.* liefern wollten. Das ist nicht der Fall. Die Fleischer werden nach meiner Ansicht für 80 *S.* Fleisch geringerer Qualität liefern, (Herr Henke: Nach Ihrer Ansicht!) und das müßte in der Annonce gesagt werden.

Ich darf von dem heutigen billigen Fleischtage noch sagen, daß, obgleich die Arbeiter noch nicht darauf eingerichtet waren, was die Geldverhältnisse anlangt, es vielen Arbeitern doch schon möglich gewesen ist, davon Gebrauch zu machen. Ich selbst bin in einer Reihe von Schlachterläden gewesen, und es ist mir von verschiedenen Seiten bestätigt worden, daß seitens der Arbeiterbevölkerung viele Fleischwaren gekauft worden sind. Wenn die Leute nicht zwei Pfund gebrauchen, so können sich ja zwei Hausfrauen zusamm tun und eine für die andere mit kaufen. Das ist auch geschehen. In der „Bürger-Zeitung“ ist außerdem behauptet worden, daß zahlreiche Arbeiter für 1.60 *M.* Fleisch pro Woche nicht bezahlen könnten. Ich habe mich bei den Schlachtern erkundigt, was wohl im Durchschnitt eine Arbeiterfamilie in Woltmers-

hausen, in der Freihafengegend usw. pro Woche an Fleisch verbraucht, und es ist mir gesagt worden, das seien 5—7 *M.* Ich meine, da sollte es möglich sein, daß die Arbeiter sich so einrichten, daß sie am Mittwoch zwei Pfund Fleisch auch bar bezahlen können. Ich bin also der Ueberzeugung, daß sich die Einrichtung einbürgern, bewähren wird.

Schließlich möchte ich bemerken, daß gewiß die größeren Kommunen die Pflicht haben, soziale Aufgaben zu erfüllen, Maßnahmen für die Gesundheitspflege usw., aber sie haben auch die Pflicht, die Interessen der sämtlichen Steuerzahler zu berücksichtigen, und sie sind nicht in der Lage, die Interessen einzelner Klassen anderen voranzusetzen. (Beifall.)

Präsident: Von einigen Rednern ist erklärt worden, daß sie zwar für die billigen Fischverkäufe, aber gegen die billigen Fleischverkäufe seien. Infolgedessen müssen wir über den Antrag der Deputation in zwei Teilen abstimmen, außerdem über den Antrag Kunoth und über den Antrag Stören. In welcher Reihenfolge wir das tun, ist gleichgültig.

Der Antrag Stören wird abgelehnt.

Der Antrag der Deputation bezüglich der Fischverkäufe wird angenommen.

Der Antrag der Deputation bezüglich der Fleischverkäufe wird angenommen.

Präsident: Damit ist auch der angeforderte Betrag von 1500 *M.* bewilligt.

Der Antrag Kunoth wird angenommen.

Präsident: Ich bitte die Herren des Bürgeramts, hierherzutreten.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 17 Minuten.